

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 MZ.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die Lechagespaltene Poststelle oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Freitag, den 28. Juni 1918.

25. Jahrg.

## Die Schuld am Kriege.

Mit vollem Rechte haben im Sommer vorigen Jahres bei den Vorarbeiten für die dann leider gescheiterte Stockholmer Konferenz die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie darauf gedrungen, die Schuldfrage vollständig auszuschalten, denn deren Erörterung müßte zu einem starken Hindernis für eine Verständigung werden, da eine aktenmäßige Feststellung der Schuld an der Herbeiführung des Krieges bis dahin und bis heute in völlig unanfechtbarer Form nicht möglich war, eine solche aber überhaupt nur für die letzten Stadien der diplomatischen Verhandlungen vor Kriegsausbruch im Bereich der Möglichkeit liegt, während über die tieferen Ursachen der internationalen Gegenläufe, die zum Weltkrieg geführt haben, sich schwerlich positive Feststellungen treffen lassen, die geeignet sind, den Schuldanteil nach beiden Seiten gerecht zu verteilen. Als in Stockholm gleichwohl von Seiten ausländischer sozialistischer Vertreter die Schuldfrage angegriffen und mit einer gewissen Selbstverständlichkeit versucht wurde, die Schuld am Kriege Deutschland und die Schuld am Zusammenbruch der Internationale den deutschen Sozialdemokraten zuzuschreiben, da hat die große Rede des Genossen Dr. David jenen Ankläger Deutschlands gezeigt, daß sie in einer sehr einseitigen Auffassung des Zusammenhanges von Ursache und Wirkung befangen waren, und daß die gegenteilige Auffassung mindestens die gleiche Berechtigung hat.

Das hat leider nicht vermocht, auch nur die Sozialisten der Ententeländer von ihrem ungeraten Vorurteil gegen uns ab- und zu besonnerter und gerechter Beurteilung der Sachlage zu bringen und sich von der hypnotisierenden Wirkung der diplomatischen Lügen loszumachen, unter deren Einwirkung sie von Kriegsbeginn an gestanden haben. Und heute hören wir aus Frankreich und England immer wieder die alten Töne herüberklingen und vermischen dort — von kleinen Gruppen abgesehen — auch den letzten Versuch, zu einer objektiveren Würdigung der Schuldfrage zu kommen. Das ist freilich für uns nicht unverständlich. Haben doch die sozialistischen Parteien Frankreichs und Englands sich so eng mit ihren für den Krieg und seine endlose Fortsetzung verantwortlichen Regierungen liiert, daß ein wesentlicher Teil der Mitschuld auch auf sie entfällt. Um sich selbst zu rechtfertigen, müssen sie also an dem Glauben festhalten, oder doch ihn der Deffektivität einzuschleimen versuchen, daß allein auf der Seite Deutschlands die Schuld am Kriege liegt und daß darum die Gerechtigkeit erfordere, daß es exemplarisch dafür bestraft werde.

Darin liegt ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der Auffassung, daß zu einer Verständigung und zum Frieden nur zu kommen ist, unter Ausschluß der Schuldfrage und damit unter Loslösung von dem Gedanken, daß die Gerechtigkeit erfordere, dem anderen Teil, den man für den Schuldigen hält oder den man dazu stampeln möchte, schwere Sühne dafür aufzuerlegen. Der Frieden nach dem die Welt so schmerzlich sich sehnt, kann nur zustande kommen, wenn beide kriegführenden Teile sich von dem Gedanken leiten lassen, daß es in beider Interesse liegt, ein erträgliches Zusammenarbeiten der Völker baldmöglichst wieder zu ermöglichen. Die Friedensverhandlungen dürfen nicht von rückwärts, sie müssen von vorwärts blühenden Erwägungen beherrscht sein.

Auf diesen Standpunkt haben sich die Regierungen der Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen im Osten auch gestellt. Sowohl in den Verhandlungen mit Rußland wie mit Rumänien. Ersteres trifft ganz unzweifelhaft ein großer, wenn nicht der größte Teil der Schuld an dem fürchterlichen Kriege, und vor allem unmittelbar an dessen Ausbruch. Wenn darüber noch Zweifel hätten bestehen können, die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses haben sie behoben. Rumänien ist aber mit gleicher Treulosigkeit seinen mitteleuropäischen Verbündeten in den Rücken gefallen wie Italien; seine Politik war eine wahre Leichenrauber-Politik, sein Verhängnis war, daß der schon halbrot geglaubte Gegner so gewaltige Kraft entwickelte, daß daran nicht nur Rumaniens, sondern auch Rußlands kriegerische Kraft zerbrach.

Sollte demgegenüber der Maßstab von Schuld und Sühne gelten, so müßten dem niedergeworfenen treulosen ehemaligen Verbündeten die schwersten Bedingungen auferlegt werden. Bei der ersten Beratung des Friedensvertrages mit Rumänien im Reichstag ist ja auch von den Abgeordneten Dr. Stresemann und Graf Westarp in verschiedener Nuancierung ausgesprochen worden, daß die Rumänen bei diesem Friedensschluß eigentlich viel zu gut davon gekommen seien, weil sie sich so schwer an ihrem ehemaligen Bundesgenossen vergangen hätten. Verkündigterweise haben die Friedensunterhändler der Mittelmächte sich diesen Standpunkt nicht zu eigen gemacht, sondern den Friedensvertrag auf Grundlagen aufgebaut, die einmal den Mittelmächten Sicherheit gegen die Wiederholung eines Angriffes geben, dann wirtschaftlich einen gewissen Ausgleich für die verursachten Schäden schaffen sollen. Das ist an sich für das rumänische Volk schon hart, aber es muß ihm nicht für alle Zukunft die Lebens-

luft, sondern läßt ihm Raum für die wirtschaftliche Wiederaufbauung.

Der Gedanke der Erzwingung einer Sühne für die Schuld am Kriege bewegt sich in einer nach modernen politischen Auffassungen ganz falschen Richtung, so selbstverständlich er oberflächlich politischer Betrachtung auch erscheinen mag und so sehr offene und verkappte Annexionsisten ihn auch propagieren mögen. Die wirklich Schuldigen trifft man nicht durch solche einen Straffrieden. Mit vollem Rechte hat der Staatssekretär Dr. v. Kühlmann darauf hingewiesen, daß das rumänische Volk in seiner großen Mehrheit wider seinen Willen von eigennütigen, leichtfertigen und verbrecherischen politischen Geschäftemachern in den Krieg hineingehört worden ist. Das Volk aber würde durch harte Friedensbedingungen bestraft, nicht seine gemißenlosen Staatslenker, die den Krieg gewollt haben. In Rumänien ist ja eine Aktion im Gange, um Bratianu und Konforten, die das Unglück über Rumänien heraufbeschworen haben, zur Verantwortung zu ziehen. Ob es dazu kommen wird ist aber sehr fraglich, denn die Erfahrung lehrt, daß die Herren Staatsmänner, wenn sie Staat und Volk ins Unheil hineingeführt haben, rechtzeitig verschwinden, um der Verantwortung zu entgehen.

Und wie in Rumänien, so geht es auch anderswo. Von den Staatsmännern, die die Völker in den Krieg hineingeführt, die die Diplomatie ihres Landes in den kritischen Wochen vor dem Kriegsausbruch geleitet haben, sind nur noch wenige am Ruder. In Rußland ist das gesamte Zarentum mit seinem Tröck von Kriegsherrn beseitigt worden. Der Zar ist in der Gefangenschaft der Revolutionäre; ob man ihm aber wegen der Anzettelung oder wenigstens wegen der Mitanstiftung des Krieges den Prozeß machen wird, ist keineswegs sicher. In England ist Mister Grey längst aus der politischen Leitung ausgeschieden; in Frankreich desgleichen die Vivianis, Delcassés, Briand und eine Reihe anderer. In Italien haben die leitenden Staatsmänner mehrfach gewechselt; nur Sonnino, einer der Hauptheher, leitet noch immer die auswärtige Politik. In Österreich-Ungarn ist Graf Berchtold, der das Ultimatum an Serbien erließ, längst verschwunden und der verlebte seiner Nachfolger in der Leitung der auswärtigen Politik der Donaumonarchie, Graf Czernin, räumte seinen Platz wegen des Versuches des jungen Kaisers, eine Art Kabinetspolitik nach dem Muster des achtzehnten Jahrhunderts zu treiben. Und bei uns selbst hat Herr v. Jagow seinen Platz als Leiter der auswärtigen Politik an Herrn v. Kühlmann abtreten müssen, und im Grafen Hertling ist dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schon der zweite Nachfolger gegeben.

Die Staatsmänner wechseln, die Völker bleiben. Die Völker haben die ganzen ungeheuren Weidwernisse des Krieges zu tragen, die Völker, deren Mitschuld höchstens darin erblickt werden kann, daß sie sich haben mit hineinziehen lassen in die Kriegspolitik ihrer Staatslenker, daß sie sich von deren systematischer Kriegsheke haben die Köpfe umnebeln lassen. Wir wollen hier die konkrete Frage nach der Schuld am Kriege nicht unteruchen; das ist früher oft genug geschehen. Aber wenn man nach den wirklich Schuldigen sucht, so muß es in den Reihen der Staatslenker geschehen. Die sind aber der strafenden Sühne zum guten Teil schon entückt.

Die Völker dürfen aber nicht gestraft werden für das, was ihre Staatslenker gesündigt haben. Auch nicht die in den westlichen „Demokratien“ Frankreich und England. Der Krieg hat leider die Erfahrung gezeitigt, daß es mit der Demokratie in diesen Ländern nicht weit her ist, und was davon bestanden hat, ist während des Krieges vollständig in die Brüche gegangen. Im besonderen das vielberufene Selbstbestimmungsrecht der Völker erscheint in der Ära Clemenceau, die jeden Friedensfreund ins Gefängnis oder gar auf den Sandhaufen bringt, im trostlosesten Licht. Die „Demokratien“ in England und Frankreich und nicht weniger jenseits des Ozeans, in den Vereinigten Staaten, wo Wilson den Diktator spielt, stellen die politische Logik einfach auf den Kopf. Die Völker wählen sich ihre Vertreter und ihre Staatslenker, um sich hinterher von ihnen politisch knechten zu lassen und sich gegenüber deren kriegerischem Treiben zu vollständiger Ohnmacht verdammt zu sehen.

Wenn es aber selbst gelänge, die wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, dann könnte doch die obliegende Partei von ihnen keine ausreichende Genugtuung erlangen. Sie den Völkern aufzubürden, ist unbillig und ungerecht, weil sie nicht die Schuldigen sind. Darum ist es, wie auch der Reichskanzler Graf Hertling am Dienstag im Reichstag wieder betonte, zwecklos, die Schuldfrage selbst zu erörtern, um danach die Friedensbedingungen zu bemessen. Wenn der Schuldige Sieger bleibt, muß der Unschuldige die „Sühne“ leisten. Soll bald Frieden werden, dann muß die Schuldfrage ausgeschieden und alle Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, die bestehenden Gegensätze, die durch den Krieg ungeheuer verhärtet worden sind, in einer Weise auszugleichen, daß in Zukunft ein dauerndes friedliches Nebeneinanderleben der Völker möglich wird.

## Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

Holländisch Nieuwsbureau meldet aus London: In Anwesenheit Baljous wurde die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei eröffnet. Die Zahl der Abgeordneten war im Zusammenhang mit der Wichtigkeit der zu behandelnden Angelegenheiten größer als gewöhnlich. Mehrere Arbeiterführer anderer Länder waren ebenfalls anwesend, darunter der Schwede Branting, ferner Albert Thomas, Vandervelde, Huysmans, Longuet, der Führer der französischen Minderheitssozialisten, und Renaudel, der Führer der französischen Mehrheitssozialisten. Vorsitzender der Versammlung war Purdy vom Schiffsbauverein. Henderson war Sekretär, Eiden Webb, Macdonald und andere Parteiführer bildeten das Bureau der Konferenz. In seiner Rede sagte Purdy, daß dies die erste Konferenz sei, die auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen der Partei stattfände. Die Kritik dieser neuen Bestimmungen sei damals sehr lebhaft gewesen, aber der beste Weg, die Bewegung kräftiger zu gestalten, sei nicht die Bildung einer neuen Partei, sondern die Zusammenwirkung aller im Rahmen dieser Partei. Nie habe man eine so große Aufgabe zu lösen gehabt, und falls die Partei jetzt durch innere Uneinigkeiten belastet werde, werde sie nicht imstande sein, die Bewegung zu einer solchen Höhe zu bringen, auf der sie am besten den höchsten Interessen des Volkes dienen könne. Die Nationalpartei könne nicht nur auf einer industriellen Basis aufgebaut sein; die Arbeiterklasse müsse einen hervorragenden Anteil an dem Wiederaufbau nehmen, denn alle Hoffnungen auf Erreichung eines andauernden besseren sozialen, industriellen Lebens nach Kriegsende hängen von der großen Sache ab, nämlich, daß der Krieg gewonnen werde.

„Wir beabsichtigen“, sagte Purdy, „dies nicht aus Rücksicht, sondern weil die Arbeiterklasse der ganzen Welt alles davon zu gewinnen hat, daß der Geist des Militarismus und der Beherrschung vernichtet wird. Der deutsche Frieden mit Rußland und Rumänien wirft ein grelles Licht auf die Friedensbedingungen, die der Feind stellen würde, wenn er der Sieger wäre. Wir können und wollen diese Bedingungen nicht annehmen. Die Volks- und Arbeiterverbände haben erklärt, keinen unentschiedenen Frieden zu wünschen. Ihre Kriegsziele vertreten das, wofür sie kämpfen und nicht das, worüber sie eventuell verhandeln möchten. Die Prinzipien, die die Arbeiterbewegung festgelegt hat, gestatten keinerlei Kompromisse. Sie stellen Prinzipien dar, auf denen ein aufrechter Frieden gesichert werden kann.“

Henderson sagte über die Frage des Burgfriedens, daß dieser Ende August 1914 bloß auf vier Monate vereinbart worden, und daß er von Zeit zu Zeit, bis schließlich zum Ende 1916 immer wieder erneuert worden sei. Der Antrag, den Burgfrieden rückgängig zu machen, sei keineswegs ein Konflikt mit der Regierung, und man verlange lediglich, daß die Konferenz sich klar über diesen Punkt aussprechen solle. Das letzte, was die Arbeiterpartei wünschen würde, sei, die Regierung zu kürzen, ohne imstande zu sein, eine Arbeiterregierung für deren Nachfolge nachweisen zu können. In der Diskussion, die auf die Rede Hendersons folgte, hat der Vorsitzende der Minenarbeiter, Smillie, einen Angriff auf die Regierung unternommen, weil diese sich weigerte, die Güter der Arbeiterpartei nach England kommen zu lassen. Smillie sagte, daß die Arbeiterpartei nicht so kräftig sei wie sie sein würde, wenn keine Arbeitermitglieder in der Regierung einen Sitz hätten.

Der Arbeiterminister Barnes sagte, er persönlich würde seinen Rücktritt aus der Regierung als eine große Befreiung betrachten, aber als Vertreter der Arbeiterklasse er einen Teil der Regierung dar. Dies habe die Arbeiterpartei auf mehr als einer Konferenz betont. Er sei bereit, falls die Partei meine, daß es besser sei, daß er jetzt zurücktrete, sofort seinen Abschied zu nehmen. Die Resolution, daß der Burgfrieden gekündigt werden solle, wurde daraufhin mit 1704 000 Stimmen gegen 951 000 Stimmen angenommen. Auf der Konferenz war auch Kerenski anwesend. Er hielt in russischer Sprache eine Rede, in der er sagte: „Ich stehe hier unter dem Eindruck der Begrüßung, die Sie mir geboten haben. Ich betrachte Sie nicht als eine Auflehnung der Sympathie für mich persönlich, sondern als eine Anerkennung der Sympathie für die russische Demokratie, die für die Ideale kämpft, die uns allen teuer sind. Ich komme von Moskau hierher, und es ist meine Aufgabe, als Staatsmann und Sozialist, dem britischen Volk und den Völkern der ganzen Welt mitzuteilen, daß das russische Volk und die russische Demokratie den Kampf gegen die Unterdrückung führt. Das russische Volk kann nicht geknechtet und auch nicht unterjocht werden. Ich glaube, nein, ich bin dessen sicher, daß das russische Volk sich innerhalb kurzer Zeit wieder auf Ihre Seite stellen wird, in den Kampf für die große Sache der Freiheit.“

Nachdem Kerenski seine Rede beendet hatte, fragte einer der Delegierten, wer schließlich durch Kerenski vertreten würde und weshalb Kerenski nach London kommen durfte, während man dem Holländer Troelstra die Pässe verweigert habe. Der Vorsitzende sagte, daß eine der

artige Frage in Gegenwart einer so hochgestellten Persönlichkeit wie Kerenski nicht nur eine Beleidigung, sondern eine Verleumdung sei. Es folgte ein großer Tumult und mit allgemeiner Stimmengewalt wurde beschlossen, daß der Interpellant aus der Versammlung entfernt werden solle.

Dieser Bericht über die Eröffnungssitzung der Jahreskonferenz berechtigt nicht zu der Hoffnung, daß sich die englischen Arbeitervertreter zu der Ansicht durchbringen werden, jetzt zunächst einmal die Frage zu erörtern: Wie kommen wir zum Frieden? Das ist außerordentlich bedauerlich, weil damit auch die Hoffnung auf eine internationale Verständigung über diese Frage wesentlich herabgemindert wird.

Welche Folgen der Beschluß auf Aufhebung des Burgfriedens haben wird, kann nach den Henderson'schen Ausführungen zweifelhaft sein. Wir möchten trotz dieser Worte in derselben eine Kampfansage an die englische Regierung erblicken.

## Ein Völkerbund im Osten?

Aus Kiew wird berichtet:

In den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen ist eine Uebereinstimmung über den Grundriß für die Grenzen dahin erzielt worden, daß alle nach Friedensschluß entstehenden Schwierigkeiten durch ein Schiedsgericht zu schlichten seien. Beide Delegationen sind bereit, bei der Grenzfestlegung jeden Gedanken in Annexionen und Vergewaltigungen auszuschließen, daher ist unter Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Interessen der Völker als Ganzes das ethnographische Prinzip für die Grenzfestlegung maßgebend. Nur in einzelnen im Friedensvertrage besonders aufzuführenden strittigen Gebieten soll zu einer unbefangenen Befragung der Bevölkerung geschritten werden. Der frühere Kommissar für das Cholermer Gebiet, Skropis-Tschukowski, ist jetzt zum Gouvernementsstarosta von Cholm ernannt worden. Im Dongebiet wird der Landwirtschaftsrat unter Zuziehung zahlreicher Vertreter der Provinz in den nächsten Tagen mit der Ausarbeitung einer Agrarreform beginnen. Der aus Kiew zurückgekehrte General Swetichin erklärte, daß die politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen des Dons mit der Ukraine auf bestem Wege sind. Taganrog wird eine freie Stadt.

Kaukasisch-Armenien hat vor einigen Tagen seine staatliche Unabhängigkeit erklärt. Ministerpräsident ist N. Ratschagnuni, Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chatissian. — Eine armenische Delegation, an deren Spitze der Präsident des armenischen Nationalrates A. Aghatonian steht und zu deren Mitgliedern auch der Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chatissian und der frühere Dumaabgeordnete Dr. Papadjanian zählen, ist zur Besprechung der sich ergebenden transkaukasischen Fragen am 19. Juni in Konstantinopel eingetroffen.

Dem in Krakau erscheinenden sozialistischen Blatt „Naprzód“, das sich unter dem 23. Juni aus Lausanne nächstehendes melden läßt, entnimmt das Ukrainische Pressebureau Berlin folgende interessante Ausführungen über eine zu gründende Kommission für den Osten: Die Bestrebungen, die Unabhängigkeitsbewegungen der osteuropäischen Völker miteinander in Einklang zu bringen, verdienen das größte Interesse. Auf dem Wege gemeinsamer Verständigung kann hier vieles erreicht werden, was dazu dient, die Verhältnisse im Osten entsprechend den deutschen Interessen zu konsolidieren und die Gegensätze auszugleichen. Es erscheint uns notwendig, fortlaufend über diese Verständigungsbestrebungen Bericht zu erstatten.

Auf Anregung des Professors Wiscont (Litauen), M. Daranowski (Polen), Stepankowski und Baranowski (Ukraine) ist in der Schweiz eine Aktion zugunsten der gegenseitigen Annäherung der Völkerschaften Westeuropas eingeleitet worden. Zu diesem Zwecke wurde am 12. Juni in Lausanne eine Versammlung einberufen, an der Vertreter sämtlicher Organisationen der in Frage kommenden Völkerschaften teilnahmen. In den Beratungen nahmen auch hervorragende Schweizer Bürger teil. Die Versammlung beschloß, eine Gesellschaft der die Länder zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meere bewohnenden Völker zu gründen. Von dem Grundriß des Rechtes jedes einzelnen Volkes auf uneingeschränkte und von jeglichen fremden Einflüssen freie Selbstständigkeit ausgehend, zeichnete die Versammlung für die zu gründende Gesellschaft folgende Richtlinien vor: a) Kräftigung der Streitfragen zwischen den interessierten Völkern; b) Unterbreitung der Ergebnisse ihrer Arbeit den rechtsrheinigen Völkervertretern; c) sowie dem Friedenskongresse.

In der vorangegangenen Versammlung vom 8. Juni wurden die Satzungen der Gesellschaft ausgearbeitet, die den Namen „Commission de l'Est“ führen wird. Die Kommission besteht aus je drei Vertretern jeder Nationalität; jede Nationalität ist im Besitze einer Stimme. Sämtliche Beschlüsse von grundsätzlicher politischer Bedeutung müssen einstimmig gefaßt werden. Das Bureau der Kommission besteht aus den Herren Wiscont, Baranowski, Daranowski und dem schweizerischen Delegierten Riazat.

Die Kommission für den Osten hegt die Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, in wirksamer Weise zur Annäherung der betreffenden Völkerschaften beizutragen. Sowohl die Presse wie die öffentliche Meinung des Auslandes begrüßte die Entsendung dieser Kommission, in der sie ein konkretes Symptom der gegenseitigen Annäherung der Völker im Rahmen der erhobenen Idee des Völkerbundes erblickten.

In den Kiewer Verhandlungen schreibt der „Vorwärts“: Die zwischen den Vertretern Rußlands und der Ukraine getroffenen Vereinbarungen haben den Wert eines europäischen Vorbildes und sind in einigen Linien von der größten Bedeutung. Sie zeigen außerdem, daß die beiden Hauptstaaten, in die das europäische Rußland durch den Krieg zerfallen ist, sich die Bahn zu einer späteren, noch engeren Wiederannäherung offenhalten wollen. Rußland ist auf dem Wege, sich selbst als Staat wiederzufinden.

## Was der Krieg bringt.

Der deutsche Heberbericht.

228. Berlin, 27. Juni, abend. (Amtlich.)

Der Kommandant nicht beacht.



### Die Kämpfe in Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

Wien, 27. Juni. (Amtlich.)

Bei Bogosca, im Elsch-Tale und auf der Juana (weiteren) italienische Erkundungsorte. Der heilungstüchtige Col del Rosso, am 15. Juni von der rühmreichen Ober-Infanterie im Sturm genommen und seither in den schwersten Kämpfen erfolgreich behauptet, wurde gestern vormittag nach schwerstem Trommelfeuer abermals durch starke Kräfte angegriffen. Es war für den Feind ein vergebliches Beginnen, seine Kampfsichtigkeit mit der unierer Salsburger, Kärntner, Ober- und Niederösterreich zu messen, an deren Tapferkeit alle Angriffe scheiterten. Die jungen Regimenter 107, 114 von der Artillerie in allen Geschossen multivertig unterstützt, haben sich eines Geistes mit den althergebrachten Stammtruppen, den 59ern, 7ern, 14ern und 49ern gezeigt. Der Feind erlitt schwere Einbußen an Toten und Vermundeten und ließ zahlreiche Gefangene in unserer Hand. Bei Punta di Pinna verlor der Italiener in Töten unsere Ufer zu gewinnen. Er wurde zusammengekauert.

### Der italienische Bericht

nom 26. Juni delagt: Während des gestrigen Tages eroberten unsere Truppen den Brückenkopf von Kava Sile vollständig und dehnten ihren Geländegewinn aus, wobei sie in rascher Weise entschlossene Gegenangriffe harter feindlicher Kräfte hervorriefen und sich dagegen behaupteten. Wir machten acht Offiziere und 371 Soldaten gefangen. Auf der feindlichen Front Artilleriekämpfe wechselnder Stärke und Tätigkeit kleiner Abteilungen. Zwischen Mori und Loppio übernahm eine unserer Sturmtruppen einen kleinen feindlichen Posten, setzte ihn außer Gefecht und brachte die Überlebenden als Gefangene zurück. Unsere Luftschwadron warfen mehrere Tonnen Bomben auf feindliche Munitionslager in der venezianischen Ebene und auf Anlagen der Eisenbahn von Materello. Wir brachten sieben feindliche Flugzeuge zum Absturz. Lieutenant Florio Baracchini trug seinen 31. Puffzug davon. Bei der Säuberung des Schlachtfeldes machten wir noch einige hundert Gefangene und stellten die vollständige Rückeroberung unseres gesamten Artillerie- und Waffenarsenals fest. Die Masse der österreichischen Waffen und des Materials, die in unseren Händen blieben, ist außerordentlich groß und kann nur nach längerer Arbeit zahlenmäßig festgesetzt werden. Alle Kanoniere kämpften mit großer Tapferkeit. Die Kanoniere des 2. Regiments und besonders die 105. Abteilung verdienen die Ehre einer besonderen Erwähnung.

### Ein Amnestie-Erlaß für in Rumänien verurteilte Deutsche.

Das rumänische Amtsblatt veröffentlicht einen von König Ferdinand unterzeichneten Amnestie-Erlaß. Es werden alle deutschen Staatsangehörigen, die wegen Vergehens zu Gunsten ihres Vaterlandes oder wegen Verstoßes gegen die Ausnahmegeetze für feindliche Staatsangehörige gerichtlich verurteilt worden, begnadigt. Allen deutschen Staatsangehörigen, die wegen solcher Vergehen bereits verurteilt worden sind, wird ihre Strafe erlassen, ebenso allen denjenigen Deutschen, die sich während der Internierung eine Verurteilung zuzogen.

### Ueber den Czaren Nikolaus II.

laufen jetzt verschiedene Meldungen durch die Presse, nach denen er ermordet sein soll. Eine gewisse Bestätigung finden in folgender Meldung zu liegen: Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Darmstadt berichtet wird, hat der großherzogliche Hof aus Moskau ein von Tschitscherin, dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, unterzeichnetes Telegramm erhalten, wonach der Czar zwischen Sankt Petersburg und Perm ermordet wurde.

Demgegenüber wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Darmstadt berichtet: „Aus beinformierter Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Gerüchte über die Ermordung des Zaren sich nicht zu beständigen scheinen. Der großherzogliche Hof habe keine derartige Meldung erhalten.“

Für die Menschheit dürfte es ziemlich gleichgültig sein, ob sich nun die eine oder andere Meldung bestätigt.

### Der Kampf der Tschecho-Slowaken.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur nehmen die Tschecho-Slowaken in der Richtung Ufa-Kras eine Neugruppierung ihrer Streitkräfte vor. Die Sowjettruppen treffen Anhalten zur Verteidigung von Petrosawodsk. Eine tschecho-slowakische Abteilung bemächtigte sich des Bahnhofs Ramo-Sergiewski. Nach dem letzten Bericht des Oberbefehlshabers der Roten Garde an der Front Ural-Sibirien, Derzsin, haben diese den Güterbahnhof Sosnax an der Wolga und Kozjanska genommen.

### Schwere Beschädigung in der Richtung auf Paris.

228. Berlin, 27. Juni. Am 26. Juni wurden Estrees-St. Denis und Marigny mit schwerstem deutschen Flachfeuer beschossen.

Estrees-St. Denis liegt dicht bei Clermont, Marigny bei Compiègne; beide sind etwa 70 Kilometer von der Luftlinie von Paris entfernt.

### Albert Thomas' Zeichen mit Clemenceau.

Langue's Blatt „Populaire“ wirft die Frage auf, was die sozialistische Parteileitung bei dem bevorstehenden Eintritt Albert Thomas in das Kabinett Clemenceau tun werde, da die Parteigruppe ausdrücklich die Barenne-Gruppe mißbilligt habe.

### Eine spanische Ente.

Neuer berichtet, Dato habe die in den Wandelgängen der Kammer umlaufenden Gerüchte dementiert, nach denen die Regierung eine Vertagung des Parlaments beabsichtige um gewisse internationale Probleme zu behandeln.

### Lord Curzon und der Völkerbund.

Lord Curzon sprach im Oberhause über die Frage und den Grundriß des Völkerbundes und die Bildung des Tripartits, dessen Anerkennung durch eine entsprechende Sanktion erzwungen werden könnten. Ich kann keinen Grund sehen, warum wir nicht sogar noch während des Krieges den Vorschlag erörtern sollten, der sofort nach dem Kriege zu verwirklichen wäre. Der Bund des britischen Reiches und ein Bund von 25 Verbündeten besteht bereits, um den deutschen Militarismus zu brechen. Er umfaßt gegen zwei Fünftel der Menschheit. Alle Pläne, die ich geprüft habe, kamen darin überein, daß ein Oberster Gerichtshof da sein müsse, dem alle Parteien ihre Streitigkeiten vortragen müssen, bevor sie den Krieg beginnen. Ferner die Aufzählung eines Moratoriums oder Nachschubs, währenddessen Feindseligkeiten nicht erwartet werden dürften, solange die Entscheidung noch schwebt, und daß jede Partei, die die Feindseligkeiten aufnimmt, als Angreifer betrachtet wird, und drittens, daß eine Sanktion zur gewaltsamen Durchführung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes notwendig ist. Diese Grundzüge sind nicht leicht anzuwenden. Wenn wir einen Weltgerichtshof haben, so ist theoretisch selbstverständlich, daß der Bund alle Staaten einschließen muß, der Gedanke, daß Deutschland in einem solchen Bunde ausgenommen wird, ist schwer zu denken. Ich wünsche, daß das Haus zunächst dem Grundriß zustimmt, daß etwas geschehen muß, um den Krieg zu verhindern oder, wenn das utopisch ist, die Zahl der Kriege einzuschränken und ihre Schrecken zu vermindern. Zu diesem Zwecke ist eine allgemeine Uebereinstimmung erforderlich. Wenn sie zu etwas führen soll, so müssen schließlich alle wichtigeren Staaten der Welt an ihr teilnehmen. Es wird gut sein, wenn wir uns nicht übereilen. Wir wollen versuchen, zu irgend einem Bündnis oder einer Konferenz zu kommen, wozu diese Staaten gehören könnten. Keiner von diesen Staaten dürfte das Recht haben, den Krieg zu beginnen ohne Vorlage eines Streitfalles und Schiedspruch. Wenn ein Staat diese Vereinbarung bricht, so würde er ipso facto sich im Kriege mit den anderen Staaten befinden und diese würden einander helfen, ohne daß irgend eine internationale Polizei zur Bestrafung der Vertragsbrüchigen notwendig wäre. Die kleineren Staaten könnten dies durch einen wirtschaftlichen Druck, größere Staaten durch militärische und maritime Mittel tun. Wir sollten Gelegenheit zu einer Diskussion vorsehen, bevor der Staat zu den Waffen greift. Jeder Staat, der absieht, die Streitfrage vor die Konferenz zu bringen, würde als moralisch vogelfrei anzusehen sein. Wenn einmal dieser Gedanke angefangen ist, so ist schon viel erreicht. Das sind zurzeit die wünschenswerten Hauptlinien, auf denen die englische Regierung vorzugehen vorläßt.

Ein „Völkerbund“ unter Ausschluß eines Volkes wie des deutschen ist ein solch totes Hirnspinnweb, daß es sich nicht verlohnt, ernstlich über dasselbe zu diskutieren.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Jaffe stehende U-Boot hat in der Britischen See und deren Zufahrtsstraßen drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 Brutto-Registertonnen Größe versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus starkem, nach England einlaufenden Geleitzügen herausgeschossen. Im Ganzen nach neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote 20 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Verlängerung der Militärdienstpflicht für Landsturmlente.

Der Reichstagsauswahlschuß zur Beratung der neuen Militärgesetze befaßte sich in der Sitzung am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf, der es ermöglichen soll, Landsturmpflichtige nach Beendigung des Krieges in die Reserve oder in die Landwehr einzureihen. — Oberst v. Braun begründete den Gesetzentwurf kurz mit dem Hinweis darauf, daß es notwendig sei, die geleisteten Bestände der Reserve und der Landwehr aufzufüllen. — Abg. Stücklen (Sag.) wies darauf hin, daß dieses Gesetz eigentlich eine Militärvorlage bedeutet von einem Umfange, wie sie dem Reichstage noch niemals zugegangen ist. Die militärisch ausgebildeten Landsturmpflichtigen sollen nach dem Kriege der Reserve und der Landwehr überwiesen werden. Die Wehrordnung läßt zu, daß Reservisten auch nach Ableistung ihrer Dienstzeit bei der aktiven Truppe zurückgehalten werden können, und die Folgen werden sein, daß Hunderttausende von Landsturmlenten jüngerer Jahrgänge, die damit rechnen, mit Beendigung des Krieges entlassen zu werden, nunmehr in Heere zurückgehalten werden. — General Scheuch trat der Auffassung entgegen, daß es sich hier um eine Militärvorlage handelt, es drehe sich vielmehr um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. — General v. Wrisberg beruft sich auf einen Wunsch des Ausschusses für Handel und Gewerbe, dem man mit dieser Vorlage nachgekommen sei. — Abg. Kysel will wissen, in welcher Reihenfolge die Entlassungen erfolgen sollen. — Oberst v. Braun gibt darüber eine Auskunft, die dahin geht, daß bei der Entlassung in erster Linie das Alter maßgebend sein solle. — Von fortgeschrittener Seite wurde dann angeregt, die Weiterberatung zu vertagen, bis sich die Fraktionen noch einmal mit dem Entwurf befaßt haben. Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuß zu.

Der Ausschuß stellte dann den Gesetzentwurf über Mildeurungen im Militärfahrgesetzbuch in der Fassung der Regierungsvorlage wieder her und forderte in einer Resolution eine klarere Fassung des Begriffes der Fahnenflucht sowie eine Milderung des § 95 des Militärfahrgesetzbuches. Um das Gesetz nicht zu gefährden, erklärten sich die Sozialdemokraten mit dieser Behandlung einverstanden.

Der Ausschuß erledigte dann in zweiter Lesung das Gesetz, betreffend die Heranziehung der Heere, unwürdigen. Abg. Stücklen gab dazu die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten nicht für das Gesetz stimmen könnten, nachdem alle ihre Vorschläge, die auf Sicherung der in Frage kommenden Leute hingestrichen, abgelehnt worden sind.

# Politische Rundschau.

Deutschland.

## Beschlüsse des Bundesrats.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Der Entwurf eines Gesetzes über die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags; 2. der Entwurf eines Gesetzes über den Landtag für Elsaß-Lothringen; 3. der Entwurf einer Bekanntmachung der wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft auf dem Textilgebiete; 4. der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des ersten Absatzes des Gesetzes über Bürgerpflichten des Reiches zur Förderung von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete vom 10. Juni 1914; 5. der Entwurf eines Gesetzes über Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1918.

## Rühlmann-Krise.

Seit der Rede des Staatssekretärs v. Rühlmann am Montag ist kaum eine Ausgabe eines alldeutschen und antenationalistischen Blattes herausgekommen, in der nicht in der üblichsten Weise gegen den Staatssekretär gehetzt worden wäre. Es scheint nun diesen Treibern gelungen zu sein, die in Betracht kommenden Faktoren derart zu beeinflussen, daß man den Meldungen Berliner Blätter über eine Rühlmann-Krise nicht jede Berechtigung wird absprechen können. Während für die alldeutschen Blätter der Staatssekretär bereits „erledigt“ ist, wissen die übrigen Zeitungen von einer Rühlmann-Krise zu melden. In parlamentarischen Kreisen soll kein Zweifel darüber bestehen, daß die Stellung v. Rühlmanns erschüttert sei. Er werde bereits in absehbarer Zeit ausscheiden, wenn auch der Gedanke einer überstürzten Lösung der Krise von den ausschlaggebenden Faktoren einmütig abgelehnt werde. Vor allen Dingen müßte Rühlmann den Friedensvertrag mit Rumänien noch unter Dach bringen und die Verhandlungen mit den russischen Delegierten über eine Reihe von noch zu erledigenden Fragen zu Ende bringen. Man ist allgemein der Auffassung, daß der Staatssekretär durch seine am Dienstag gemachten Ausführungen seine Situation eher verschlechtert als verbessert hat.

Auch die Frage der Nachfolgerschaft wird bereits erörtert. Es werden zwar noch keine Personen genannt, aber es werden Andeutungen gemacht, wie der Nachfolger Rühlmanns beschaffen sein müsse. Improvisationen müßten möglichst vermieden werden, und vor der Befestigung des Postens müßte Klarheit über Richtung und Ziel unserer Außenpolitik geschaffen werden. Hier und da tritt auch die Annahme auf, daß mit einem Rücktritt des Reichsfinanzlers Grafen Hertling gerechnet werden müsse. Doch findet diese Annahme sehr wenig Glauben.

## Österreich-Ungarn.

### Die Streifbewegung in Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhause äußerte sich Ministerpräsident Welferle noch über den Streif. Er erklärte, es sei richtig, daß in den meisten Fabriken die Arbeit eingestellt worden sei. Selbst die Zeitungen erscheinen nicht, was umso mehr zu bedauern sei, als infolgedessen die verschärfsten Scharfschützen nachrichten und größten Unwahrheiten Verbreitung fänden. So werde die Agitation gefördert, damit die Arbeiter die Arbeit nicht aufnehmen. Zu diesem Zwecke würden täglich Flugzettel verteilt, in denen es heiße: Es bedürfe nur der Ausdauer, denn die Tage der Regierung seien gezählt. In einigen Tagen schon werde die neue Regierung kommen.

„Es ist absolut unmöglich“, fuhr Welferle fort, „daß die Regierungsgewalt von einzelnen provisorisch gebildeten Organisationen, Arbeiterräten und dergleichen ausgeübt werden kann. (Langanhaltender Beifall rechts, großer Lärm auf der äußersten Linken.) Kufe: Das wollen die Arbeiter auch nicht, daß diese von unläuteren Elementen dirigiert werden. (Großer Lärm links.) Die Arbeiter fordern die Entfernung der Gendarmerie und die Entfernung von Militär aus den Fabriken. Wer wirklich das Interesse des Volkes im Auge hat, muß wünschen, daß die milder vorgehende Polizei und Gendarmerie nicht strengere Militäraufsicht in den Fabriken ausübe. Der Ministerpräsident wies die Anschuldigung, als ob die Regierung die Tendenz verfolge, die Löhne herabzusetzen, zurück. Es habe noch keine Regierung gegeben, welche auf diesem Gebiete soweit gegangen ist, als gerade die gegenwärtige. Die Entfernung der gegenwärtigen Regierung sei nicht so sehr der Wunsch des Volkes, als — auf die Linke weisend — der der Herren Abgeordneten. (Große Heiterkeit rechts und Lärm auf der äußersten Linken.) Diesen trösten Wunsch, fuhr er fort, hegen manche Parteien auch schon früher. Sie beschuldigten die Regierung, daß sie sich zwischen Volk und Krone stelle. Das widerspricht vollkommen den Tatsachen, denn jeder Schritt dieser Regierung wird vom König gebilligt, und zwar sowohl bezüglich der Währungsreform, als in jeder anderen Hinsicht. Die Regierung verfolgt keine persönlichen Zwecke, aber es ist die Pflicht der Regierung, daß sie ihren Posten nicht feige verläßt. (Großer Beifall rechts, lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken.) Abgeordneter Jönnes wird wegen fortwährender Zwischenrufe zweimal zur Ordnung gerufen.) Die staatsfeindlichen Bestrebungen, welche in einem großen Teile des Auslandes verbreitet worden sind, fanden auch bei uns Eingang, zum Teil infolge agitatorischer Tätigkeit unserer Feinde, leider aber auch dadurch, daß gewisse irreführende Elemente sie unterstützen. Da die Bewegung sich bisher in friedlichen Gleisen bewegte, wartete die Regierung, bis eine Wendung zum Besseren eintritt und unternahm nichts gegen sie. Sie ging auch bei den getroffenen Maßnahmen mit großer Schonung vor und bittet die Abgeordneten, nicht Selb ins Feuer zu gehen. (Beifall rechts, Lärm links.) Die Verantwortung für die Folgen trifft nicht die Regierung, sondern diejenigen, die die Bewegung fördern. Der Ministerpräsident schloß: Ich lasse mich nach keiner Richtung terrorisieren. (Beifall rechts.) Ich habe mich auf die Einstellung der Bewegung gewartet. Sie aber rief es — auf die Linke weisend — welche eine friedliche Lösung verhindern. (Beifall rechts und Lärm links.)

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 28. Juni.

### Vaterlandspartei und Lehrerschaft.

Der „Chemnitzer Volksstimme“ wird von einem Lehrer geschrieben: „Die Vaterlandspartei, die angebliche „parteilose Vereinigung“, ist ihrem Wesen und ihrer Zusammenfassung nach hochkonservativ und keineswegs parteilos, wie sie glauben machen will. Vor allem müßt sie sich, im trübsten jüdischen, auch die Volksschuldnerhaftigkeit auf ihre Teilnehmer kriechen zu lassen. So bogen der „Schulzeitung“ Aufrufe der Vaterlandspartei nebst Beitrittserklärungen bei, ebenso der Zeitung für den Vorkampfbereich deutscher Lehrer. Und leider, besonders unter dem wohlwollenden Wirken und Blicken der Vorgesetzten und Behörden, haben sich auch einige Lehrer, politisch unerfahren und nun den schönen Worten hehrend, für die Vaterlandspartei einzuzeichnen lassen. Ja nicht

# Der amtliche Kriegsbericht.

1918. Großes Hauptquartier, 28. Juni. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Kege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme, auch in anderen Abschnitten. Zwischen Meer und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu. Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Somme, zwischen Vesoul und Bethune und südlich der Aisne zu größerer Stärke. Unsere Artillerie — von den Kampfkräften auf einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriegefechte entwickelt.

Starker Fliegerangriff führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und 1 Festballon, unsere Flugabwehr-Geschütze 5 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold erlangte seinen 37., Leutnant Loewenhardt seinen 29., Leutnant Kamey seinen 26. und 27. Luftflieg.

## Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

allein das, da man die Arbeitskraft des Lehrers zu schätzen weiß, so hat man es verstanden, an einzelnen Orten des Erzgebirges sogar Lehrer zu vorkommen bezw. Sprengern vorzuschleichen, in der wohlüberlegten Absicht, daß sie Brezche schlagen und zu weiteren Beiträgen von Lehrern Veranlassung geben. Aber damit haben die Dunkelkammer kein Glück. Der Lehrer ist ja oft um die frühere Tätigkeit betrogen worden, daß er den Glauben an die Konventionen verloren hat. Die jährliche Lehrerschaft steht mit verhängenden Ausnahmen von Eigenbrötchen hinter denjenigen politischen Parteien, die für Hebung der Volksbildung, des Lehrerstandes aus Wirtschaftsnut und für seine Befreiung aus unwürdigen, mittelalterlichen Fesseln eintreten, und nicht hinter denen, die sich einer Hebung der Volksbildung feindlich gegenüberstellen. Die Schulbildung hängt eng mit der großen Politik zusammen, und eine Festsetzung zu dieser läßt sich nicht unterbinden. So steht sich die Lehrerschaft im wesentlichen der konservativen (mittelständischen) Partei als Gegner gegenüber, weil diese sich als bildungsfeindlich und damit volksfeindlich erweist hat. Deshalb konnte im Schulkampf 1912 auch das Wort fallen: Ein Volksschullehrer, der konservativ ist, regiert sich selber. Und darum steht auch die jährliche Lehrerschaft mit wachsendem wenig Ausnahmen der Vaterlandspartei mißtrauisch gegenüber, weil ihre Machtergreifung orientiert und ihre jüdischen Kriegsgewinnler, hohe Regierungsräte und andere einflußreiche Herren konservativ und wenig lehrerfreundlich sind. Dennoch ist die politische Meinung des Lehrers nicht gebunden und kann andere Wege gehen als dem Lehrerstand gut, aber — und das kann die Vereinsorganisation der Lehrerschaft von den Mitgliedern verlangen — sie darf trotz gegenteiligen Anschauungen niemals durch ihr Auftreten der Gesamtheit Schaden, wie dies der Fall war.“

Die anderen gehören auch in Lübeck hauptsächlich reaktionäre Elemente der Vaterlandspartei an. Die Gegner der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Einwohner des eigenen Landes bilden den Kern dieser Kameraderpartei. Auch hier gibt es Lehrer, welche diese nach der richtigen Beurteilung ihres tatsächlichen Kollegen hochkonservativen Organisation zu fördern suchen. Die breiten werktätigen Schichten der Lübecker Bevölkerung wählen allerdings genau, was sie von der sogenannten Vaterlandspartei und ihren Hintermännern zu halten haben.

## Der Tabakerzähl.

Die Mitteilung des Kriegsministeriums über den Tabakerzähl, in der unter anderem auch gesagt wurde, daß die Zigarettenfabriken aus Mangel an Rohmaterial ihre Betriebe früher aber später schließen müssen, hat unter den Rauchern begrifflicherweise große Sorge hervorgerufen. Bedenken sind die Auskünfte, die das „B. T.“ in Fabrikantenkreisen eingeholt hat, nicht tröstlich. Nach den erhaltenen Mitteilungen war es überhaupt nur möglich, mit den Zigaretten so lange durchzuhalten, wenn die Fabrikanten große Vorräte an Rohmaterial und Zigaretten hatten, die bis Anfang 1917 reichten. Von dieser Zeit an wurden die noch aus dem Frieden stammenden Vorräte immer leerer, um so schneller, als auch aus Holland im Vorjahre nur kleine Mengen eingeführt wurden. Was in Holland an Rohmaterial zu bekommen war, kaufte die Deutsche Tabak-Handels-Gesellschaft, die Zentraltabakstelle des Reiches, um es wieder an die Großhändler und Fabrikanten zu verteilen. Die Gesellschaft mußte hohe Preise für den Tabak zahlen, die naturgemäß die Zigaretten empfindlich verteuerten. Für Decker, die im Frieden 3,40 Mk. bis 3,10 Mk. das Hund kosteten, werden jetzt etwa 24 Mk. für das Hund bezahlt. Man hofft nun noch auf die Einfuhr von Tabak aus der Ukraine, über dessen Verwendbarkeit und Geschmack man sich jedoch noch kein Urteil bilden kann. Von den Zigaretten, die jetzt noch hergestellt werden, erhält die Seereserve 75 Prozent der billigeren sowie etwa 8 bis 10 Prozent der besseren Sorten, so daß für die Zivilbevölkerung nur wenig übrigbleibt.

Die Streckung der Zigaretten und des Raucherbrotts mit Suchenlaub halten die Fabrikanten für verfehlt. Gerade Suchenlaub sei durchaus ungeeignet und nicht der Gesundheit förderlich, da es zu leicht verholzt und dann nur aus Stämmen besteht, die glimmen und einen heisenden und brennenden Geschmack zurücklassen. Hopfen ist zu bitter und Keimblätter sind nur in geringen Mengen zu haben.

## Ermittelte Hammeldiebe.

Als am 26. ds. Mts. mittags zwei Reisende den von Gutin kommenden Zug verlassen um in den nach Hamburg fahrenden Zug umzusteigen, erregte ihr Gepäck, ein Koffer und ein großer Pappkarton die Aufmerksamkeit des am Bahnhof stationierten Kriminalbeamten, weil sich an dem Gepäck Blutspuren befanden. Nachdem die beiden Reisenden in die dortige Polizeiwache geführt waren, zeigte sich bei Revision ihres Gepäcks, daß der Koffer und der Karton frisch geschlachtetes Hammelfleisch enthielten. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß das Fleisch von vier in der Nacht zum 26. ds. Mts. von einer Weibespindel bei Hansdorf gestohlen und an Ort und Stelle geschlachtet worden kamte. Die Stiherten gaben denn auch zu, an dem Diebstahl beteiligt gewesen zu sein. Drei weitere Mittäter, unter denen sich auch zwei Frauen befanden, konnten bald darauf ermittelt werden. Die Weibespindel, bestehend aus einem Ehepaar, einem Einlogierer, einer Freundin des Ehepaares und deren Liebhaber, einem Marine-Defensar, wohnen in Wandshel und sind zu dem Zweck, einen Fleischdiebstahl auszuführen, über Land gezogen.

Am Siebenschläferstag, dem gestrigen 27. Juni, hat es diesmal verschiedene tüchtige Regenschauer gegeben. Der Siebenschläfer regnet bei mancher große Besorgnis, weil es nach einer alten Wetterregel dann 7 Wochen regnen soll. Ganz so schlimm wird es wohl nicht werden, Besserung des Wetters ist für die nächste Zeit schon in Aussicht gestellt. Heute ist allerdings noch nicht viel davon zu hören, wenn schon es bis mittags trocken war. Dann regte wieder der Regen ein. Sehr vermög man die sommerliche Wärme. Die Wintersonne hat ein durchaus herbliches Gepräge, obwohl sich eben erst der Frühling verabschiedet hat.

Wie müssen wir die wenigen Nahrungsmittel kochen? Man schreibt uns: In der kommenden Woche wird die Volkswirtschaftlerin Fräulein Schuler im Wärmersaal des Stadttheaters öffentliche unentgeltliche Vorträge halten über die Frage: Wie

müssen wir die wenigen Nahrungsmittel kochen, sterilisieren, einfrieren, konservieren, um durchhalten zu können? Die Rednerin hat derartige Vorträge bereits in einer großen Reihe von Städten vor vielen Tausenden von Zuhörern gehalten. Da mit den Vorträgen praktische Kochvorführungen verbunden sind, werden die Besucher gebeten, Kostproben und Löffel mitzubringen. Der erste Vortrag findet am Dienstag abend 7 1/2 Uhr, der zweite am Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt. Aus der großen Reihe der Fragen, die Fräulein Schuler behandelt, seien besonders genannt das Kochen von Gemüse, ohne Wasser und Fett, das Kochen und Braten von Fleisch und Fisch ohne Fett und Wasser, ideales Kartoffelkochen, Einlegen ohne Zucker, Zubereitung der Dörrgemüse, Gasersparnis usw.

Der „Vaterländische Frauenverein“ überfand uns seinen Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß der Verein 434 Mitglieder zählt. Von der Abteilung Kriegsrankepflege wurde ein Kursus eingerichtet, an dem 9 Helferinnen teilnahmen. In den verschiedenen Lazaretten und im Bahnhofsdienst waren 34 Helferinnen tätig, 5 Helferinnen sind ausgeschieden, 2 davon um Verhinderung im Allgemeinen Krankenhaus zu werden. In den vom Vaterländischen Frauenverein verwalteten Küchen- und Wascheabteilungen der drei Heizerlazarette und des Lazarett-Schiffes betätigen sich annähernd 200 freiwillige Hilfspersonen. Von der Abteilung für Wäscherinnen- und Säuglingsfürsorge wurden in 26 Fällen Wäckerbeutel ausgegeben und 42 Säuglingsausstattungen vorräthig. Die Schwesterkassa des Vereins bestand am Ende 1917 aus 64 Schwestern, 26 Heilgehülfern, 29 Hilfspflegerinnen, 21 Kriegshilfschwestern und 5 Pflegehelferinnen. In der Bräuterkasse des Vereins wurden 126 Kranke an 270 Tagen versorgt. Operationen fanden 64 statt, Entbindungen 17. Die Erholungsstätten in Desloe konnten für Männer und Frauen nicht in Betrieb genommen werden, da die erforderliche Menge Bekleidung nicht zur Verfügung stand. Die Erholungsstätte übernahm aber, wie alljährlich, die Verpflegung der Waldschülerinnen. Im Juni übernahm der Vaterländische Frauenverein auf Wunsch des Waldschülerkollegiums die Waldschülerin, die jetzt eine selbständige Abteilung des Vereins bildet. Die Schulleiterin, der zwei Lehrerinnen und eine Kindergärtnerin zur Seite standen, berichtet, daß im Juni anstatt wie in früheren Jahren nur 60 Kinder, 120 Kinder in die Waldschule hinausjogen, 66 Knaben und 54 Mädchen. Der ärztliche Bericht über Aufenthalt in der Waldschule bestätigt, daß die Wirkung als sehr gut zu bezeichnen ist. Die Tätigkeit der Lungenärztin sorgfältig ist auch im Jahre 1917 niemals zum Stillstand gekommen. Der Reich der Sprechstunden hat eine erhebliche Steigerung erfahren. Am in Vorkunde genommen wurden 310 Personen, in den Sprechstunden beraten 928 Personen, davon 885 ärztlich untersucht. Die Schwester machte 2532 Besuche in den Familien. Desinfektion von Wohnungen und Betten sind in 55 Fällen veranlaßt worden. An 16 Familien wurde Milch gegeben und an 14 Familien andere Stärkungsmittel. An 8 Kranke wurden Betten, außerdem je ein Piegstuhl und 1 Quittisfen ausgegeben. Wäsche und Kleidungsstücke wurden in einem Falle geliefert. Hilfe im Haushalt wurde in 8 Fällen und Mühsenunterstützung an 16 Familien gewährt. Endlich hat die Lungenärztin sich mehrfach erfolgreich bemüht, für Lungenkranke geeignete Arbeit zu vermitteln. In den Arbeitsergärten wurden 600 Familien- und 250 Kinderarbeiten beauftragt, wodurch vielen Familien die so sehr gemüthliche Gelegenheit geboten wurde, sich wenigstens einen Teil der nötigen Vorräte an Gemüse und Kartoffeln zu schaffen. Durch Vermittlung des Kriegsauslasses für warme Unterbekleidung erhielt der Verein auch in diesem Jahre Wolle zum Stricken von Socken für das Heer. Es wurden an das Kriegsbekleidungsamt 2036 Paar Socken abgeliefert, die durch bedürftige Frauen gekrickt worden waren. Die vom Kriegsauslass für Woll und Netze auch 1917 veranlaßt und vom Vaterländischen Frauenverein durchgeführte Obstkernsammlung hatte erfreulichen Erfolg. Der Verein konnte 6844 Kilogramm Äpfelkerne, 945,5 Kilogramm Pflaumenkerne und 28 Kilogramm Kirschkernern, zusammen 15 817,5 Kilogramm an die Lebensmittelabteilung abliefern.

Begrüßungsabend im „Wormorsaal“. Am Sonnabend, dem 29. Juni veranstaltete der Deutsche Guttenberorden (V. D. G. T.) zu Lübeck einen Begrüßungsabend, der künstlerisch wirklich viel verblüht und auf den hinzuweisen wir erwidert werden. Außer der Kapelle des Erl.-Batt. vom Regt. 102 und 10 bekannten Kräften wie die Herren Wünder und Koffi von unterm Stadttheater wird der jugendliche Geigenkünstler Einar Hansen aus Hamburg aufzutreten, der sich schnell einen bedeutenden Namen in Musikreisen erworben hat. Karten zu 2 Mk. und 1 Mk. sind im Unterrand 100 zu haben.

Der Ziegenzuchtverein Lübeck hält Sonnabend abend im Bürgerverein seine Gründungsversammlung ab.

ph. Diebstahl und Schererei. Ermittelt und festgenommen wurden zwei in der Eindeilsstraße wohnende junge Burshen, die im Laufe des letzten Vierteljahres verschiedene Diebstähle zum Nachteil einer in der Nähe wohnenden Gärtnerfrau ausgeführt hatten. Die Mutter der Täter, die das Diebstahl zu ihren annehm und verbrauchte, dürfte sich wegen Schererei zu verantworten haben.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats findet morgen, Sonnabend abend von 6 bis 7 Uhr im Gasthof „Transvaal“ statt.

Riel. Von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde Donnerstag nachmittags auf der Hummelwiesenbrücke der etwa 6 Jahre alte Knabe Rüdch. Der Knabe hatte durch das Geländer der Brücke nach einem unter derselben durchfahrenden Eisenbahnzug geiphen und wollte darauf nach der anderen Seite der Brücke laufen, um den Zug weiter zu verfolgen. Hierbei ist er unter einen Straßenbahnwagen geraten und leider so schwer verletzt worden, daß er alsbald starb.

Reudoburg. Ein tödlicher Unglücksfall trug sich am Mittwoch vormittag auf dem heiligen Hauptbahnhof zu. Als der Hamburger Zug dort hielt, wollte der Oberabschneider Ernst Nikolai vom Kriegsdienst ein Zeitung kaufen. Hierbei entgürte ihm der Geldbeutel. Als er diesen wieder ergreifen wollte, setzte sich der Zug in Bewegung. Nikolai geriet zwischen Bordwand und Trittbrett. Schmer verlegt wurde der Verunglückte ins Heizerlazarett gebracht. Hier ist er nach mehrerer Stunden gestorben.

Bremen. Der Bürgerchaftstag Mittwoch die Vorlage der Steuerdeputation auf Einführung der Kinematographensteuer, die von einer Kommission beraten worden war, zur Entscheidung vor. Die Steuer ist in der Form der Kartensteuer vorgeschrieben, die bei einem Eintrittsgeld von 10 Pfg. mit 1 Pfg., 10—20 Pfg. mit 2 Pfg., 20—40 Pfg. mit 5 Pfg., 40—75 Pfg. mit 10 Pfg. und über 75 Pfg. mit 20 Prozent erhoben wird. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Vorlage im Prinzip abgelehnt; Genosse Rhein brachte die Stellungnahme durch den Hinweis darauf, daß der Finanznot mit solchen Steuern nicht abgeholfen werden kann, andererseits auch der Kinobetrieb nicht dadurch eingeschränkt wird, zum Ausdruck. Die Steuer bedeutet eine Ungerechtigkeits, insofern als sie das „Bergnügen des kleinen Mannes“ betrifft, während die Luxurfesteiten der Besitzenden frei ausgehen. Das Gesetz fand die Zustimmung der großen Mehrheit der Bürgerchaft. Der Hauptpunkt der Sitzung war die Tariffrage der Straßenbahn. Die bereits mitgeteilten Anträge der bürgerchaftlichen Kommission, die für das fahrende Publikum Vorteile boten gegenüber dem, was die Deputation laut Paragrafen mit der Straßenbahn vereinbart hatte, fanden Zustimmung auf allen Seiten des Hauses und wurden angenommen.

## Soziales.

Für die bessere Beitragszahlung in der Invaliden-Versicherung. Die Beitragsentrichtung in der Invalidenversicherung leidet schwer unter der Last, daß außerordentlich häufig die Bei-

Tragsmarke nicht in der richtigen, unrichtigen Weise richtig werden. Bekanntlich geschieht in der Invalidenversicherung die Beitragszahlung im allgemeinen durch Einleihen von Marken durch die Arbeitgeber in Quittungsarten der Versicherten. Die Zahl der Lohnklasse wird noch dadurch erschwert, daß hierfür nicht der wirkliche Arbeitsverdienst der Versicherten maßgebend ist, sondern der dreihundertfache Betrag des „Grundlohns“ der Lohnstufe, welcher der Versicherte in der Krankentasse angehört. Die Unregelmäßigkeiten sind während der Kriegszeit noch gewachsen, weil erstens durch Erwerbszulagen die Löhne gestiegen sind, was nicht immer bei der Krankentasse richtig gemeldet wird, und weil zweitens bei den Kassen durch den Lohnausbau wiederum die Grundlöhne meist erhöht wurden, was wiederum die Arbeitgeber nicht beachten. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn gesagt wird, daß sich gegenwärtig annähernd die Hälfte der Versicherten in niedrigeren Klassen der Invalidenversicherung befinden, als in die sie auf Grund ihres Verdienstes eigentlich gehören.

Die Invalidenversicherungsanstalten suchen gegen diese Mißstände durch Anstellung von Beitragskontrolloren anzukämpfen. Leider hat aber auch hier der Krieg Abschwichungen gebracht. Die Zahl der Ueberwachungsbeamten im ganzen Reiche verminderte sich z. B. von 172 im Jahre 1916 auf 153 im Jahre 1917. Im letztgedachten Jahre wurden rund 22 Millionen Versicherte kontrolliert, indes aber nicht sämtlich durch Einsichtnahme in die Quittungsarten. In Friedenszeiten wurden immer doppelt soviel Versicherte kontrolliert. An richtigeren Beiträgen für nichtversicherte Personen werden jährlich rund zwei Millionen Mark entgehoben. Dazu tritt der Mehrbetrag, der durch Nachverwendung höherer statt der ursprünglichen verwendeten zu niedrigen Marken erzielt worden ist.

Aus der künftigen Markenerhebung können den Versicherten große Nachteile entstehen. So ist z. B. schon mancher derselben überhaupt um seine Rente — namentlich Altersrente — gekommen, weil er nicht die nötige Markenzahl zu einem Rentenantrag zusammenbrachte, obgleich er sein Verbleib gearbeitet hatte. Eine Besserung der Zustände würde schon eintreten, wenn allgemein den Krankentassen die Beitragsentziehung für die Invalidenversicherung mit übertragen würde.

**Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß.** Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat im Hinblick auf die von den deutschen Unternehmerverbänden wiederholt abgegebenen Erklärungen, den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten und Arbeitern ihre früheren Arbeitsplätze soweit wie irgend möglich wieder einzuräumen, angeregt, daß die Unternehmer, soweit es bisher noch nicht geschehen sein sollte, schon jetzt oder doch sobald als es im Einzelfalle irgend durchführbar ist, sich darüber entscheiden möchten, welche Angestellten und Arbeiter sie wieder einstellen werden, so daß wenigstens ein Teil der Kriegsteilnehmer der der bisher in gewissem Umfange doch noch auf ihnen lastenden Umgehültheit über ihre weitere wirtschaftliche Lebensstellung entzogen werden könnte. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Frage, in welchem Umfange die grundsätzlich hilfsweise

abgebaut werden muß, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern ihre früheren Arbeitsplätze wieder frei zu machen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes möchte deshalb die Unternehmer gebeten haben, auch in dieser Beziehung schon jetzt auf eine vorläufige Regelung in den einzelnen Betrieben bedacht zu sein, gegebenenfalls auch genauere Richtlinien dafür auszustellen.

Die „Speiditions- und Schiffsahrtszeitung“, das amtliche Organ der deutschen Speiditionsverbände, bemerkt hierzu: „Wir sind der Meinung, daß es bei dem vaterländischen Geist der Arbeitgeberhaft im allgemeinen nicht notwendig ist, zur Erfüllung der ihnen (vom Staatssekretär) vorgeschriebenen Ehrenpflicht nochmals besonders zu mahnen. Es besteht begründete Hoffnung, daß von den Arbeitgebern bezw. den einzelnen Verbänden schon geeignete Schritte im Sinne jener Anregungen vielfach, wenn nicht schon unternommen, so doch vorbereitet worden sind. Die Handelskammern, die ebenfalls um Unterstützung in dieser Sache erucht worden sind, beschränken sich deshalb in ihrer Tätigkeit darauf, die Arbeitgeberhaft angeht, der mit immer größerer Hoffnung auf Verwirklichung bestehenden Aussichten auf einen baldigen allgemeinen Frieden zur Beschleunigung in ihren Entschlüssen zu veranlassen und ihnen die Einleitung möglichst umfassender Maßnahmen um je mehr zu empfehlen, als dadurch die Gefahr eines etwaigen geistlichen Eingriffs behoben werden kann.“

Ob es ohne geistlichen Eingriff abgehen wird, erscheint uns sehr fraglich.

**Mieterschutz in Stettin.** Eine Mieterschutzverordnung für Stettin und Umgegend ist vom Stellvertretenden kommandierenden General des 2. Armee-Korps angefaßt der ungewöhnlich großen Zahl von Kündigungen zum 1. Oktober 1918 erfolgt. Kündigungen von Wohnungen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der jährliche Mietzins unter 1000 Mark bleibt oder nicht, ob eine Mietsteigerung bezweckt wird oder nicht, sind danach nur zulässig, wenn das Mietvertragsamt oder die Polizeiverwaltung die Genehmigung zur Kündigung erteilt hat. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn kein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt. Bereits ausgesprochene Kündigungen bedürfen der nachträglichen Genehmigung. Auch Räumungsflagen oder Vollstretungen aus Räumungsflagen sind nur mit Genehmigung des Mietvertragsamtes oder der Polizeiverwaltung zulässig.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Eine öffentliche Anfrage an die Ortskohlenstelle.**  
Ich möchte einmal anfragen, wie es zugeht, daß für die Arbeiter nur der grobe Koks da ist und den besseren Herrschaften der gefälschte kleine geliefert wird. Schreiber dieses soll es nämlich so ergehen. Ich bestellte mir vor ca. 8 Tagen 20 Ctr.

kleinen Koks und 20 Ctr. Briketts für den Winterbedarf bei einem Kohlenhändler, damit ich nicht wieder im Winter in Schnee und Schmutz herumzuliegen brauche. Von der Kohlenstelle bekam ich nun am 26. d. Mts. eine Karte, die besagte, bis zum 12. Juli 1918 müßte der Brennstoff vom Händler geliefert sein, sonst verliere die Bestimmung ihre Gültigkeit. Ich ging sofort abends zum betreffenden Kohlenhändler, um mit ihm über die Lieferung zu sprechen. Derselbe erklärte mir, daß er wohl keinen kleinen Koks bekäme, er müßte großen nehmen und anderen könnte er mir auch nicht liefern. Wenn ich anderswo kleinen Koks bekommen könnte, so könnte der Händler mir es nicht verbieten, wenn ich den nehme. Seitdem morgen ging nun meine Frau auf die Suche nach kleinem Koks. Nichtig kann ich auch auf einer anderen Stelle, die wohl weniger Arbeiterkundschaft hat, solchen erhalten. Max erklärte dort, ich müßte nur den Liebesheinen des anderen Händlers holen und zur Orts-Kohlenstelle gehen, um zu veranlassen, daß ich meinen Koks von einer anderen Stelle beziehen kann. Soweit läßt man sich diese ganze Geschichte schon gefallen, aber als dann meine Frau mit dem Liebesheinen und der mir geschickten Karte zur Orts-Kohlenstelle ging, um die Sache zu regeln, mußte meine Frau sich da von Beamten anschauen lassen, als ob ein dummes Junge vor ihm stünde. Der Mann scheint der Meinung zu sein, daß das Publikum nur der Beamten wegen da ist und nicht umgekehrt. Zum Schluß hieß es denn, wenn Sie den großen Koks nicht haben wollen, so verläßt die Lieferung einfach, und damit basta. Ich möchte einmal wissen, mit welchem Recht der Herr die Feuerung für verfallen erklärt. Ist ihm denn hier in Lübeck eine solche Macht gegeben, daß er über die Kohlen verfügen kann, wie es ihm beliebt, oder wird diese Praxis nur den Arbeitern gegenüber gelbt? Ich glaube kaum, wenn eine Dame der oberen Zehntausend in dieser Angelegenheit bei ihm vorstellig geworden wäre, daß sie so behandelt worden wäre; bei ihr hätte wohl ein Bitte schön und Bitte sehr das andere gejagt, da hätte der Herr sich wohl gefügt, so zu schauen, daß meine Frau sich es verbitten müßte, denn sie war dem Herrn auch anständig gekommen. Ich bin der Ansicht, daß die Vorsetzungen des betreffenden Beamten sich seiner mal etwas annehmen, vielleicht empfiehlt es sich, daß der Herr für seinen Winterbedarf auch großen Koks geliefert bekommt, denn Zeit zum Zerklüppern wird er doch jedenfalls mehr haben, als die Arbeiter, die von morgens 6 bis 8 Uhr abends auf den Fabriken arbeiten, und dann noch ihre Banbarkeit nach Feierabend machen müssen. B.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Druckfachen** Jeder Akt für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblatt“, Johannistr. 46

**Bekanntmachung**  
betreffend die Ausgabe der Lebensmittelkartenhefte, der Fleischkarten und der Seifenkarten für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, Israelsdorf, Gohmünd, Vorwerk und Krempeisdorf.

Alle Personen, welche die ihnen zuzehörenden Lebensmittelkartenhefte, Fleischkarten und Seifenkarten an den in der Bekanntmachung vom 19. ds. Mts. vorgeschriebenen Tagen nicht abgeholt haben, erhalten solche noch am **Sonntag, dem 30. Juni 1918, von morgens 8 Uhr bis mittags 1 Uhr, in der Vorst.**  
Die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln“ sind vorzulegen.  
Lübeck, den 27. Juni 1918. (3041)

Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung.**  
Die Ausgabe von **Spiritusbezugsmarken** erfolgt in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Schmiedestraße 25, vom 1. bis 10. Juli 1918 und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche seit April dieses Jahres keine Marken erhalten haben.  
Bei der Abholung der Marken sind die „Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln“ vorzulegen.  
Lübeck, den 27. Juni 1918. (3034)

Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung.**  
Die aus der Verteilung verbliebenen Reste von Auslandsmarmelade sind am **Sonntag, dem 29. Juni, freihändig zu verkaufen.** Vom Montag, dem 1. Juli ab darf keine Auslandsmarmelade mehr abgegeben werden.  
Lübeck, den 27. Juni 1918. (3033)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

**Konsumverein für Lübeck und Umgegend**  
e. G. m. b. H.

Um die zur Verteilung gelangenden Waren unseren werthen Mitgliedern ohne Störung weiterliefern zu können, bitten wir **die neuen Lebensmittelkartenhefte** in der Zeit vom **26. Juni bis 1. Juli 1918** in unseren Warenabgabestellen anzumelden.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Lübeck.  
Als weitere Opfer des grausamen Weltkrieges haben wir unsere Mitglieder und Kollegen, die **Züchler** **Karl Schulz** und **August Piper** zu beklagen.  
Wir werden auch diesen ein treues Andenken bewahren.  
3040) Die Lokalverwaltung.

Zu verk. 4 eiserne Fenster mit Glas, 2,20x1,20, mit Kippflügel, 2 dito 1,20x1,20. (3042) Näheres Broklingstr. 44, vt.

**Ein kleines Haus** in Alteinbewohn. zu verkaufen. Preis 5200 Mk. 3036) Näh. in der Mauer 106, I.

**Unterhaltenes Fahrrad** ohne Gummi zu verkaufen. 3045) Kleine Peterstraße 4.

**J. H. Pein**  
Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für **erstklassige**  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten  
Bettfedern u. Daunens  
Herren- und Knaben-  
Garderob. Arbeiter-  
und Berufs-Kleidung.

**Überder gemeinnützige Milchverforgung e. G. m. b. H., Lübeck. Käse!**  
Auf Mitgliedsbuch Nr. 1—2100 werden bei J. E. Peters, Wahnstr., auf Mitgliedsbuch Nr. 2101—3500 und darüber werden in der **Notander Butterhandlung, Vedergrube, am Sonnabend, dem 29. Juni und Montag, dem 1. Juli, je 1/2 Pfund Käse** verabfolgt. Etwa noch nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in der „Bank für Handel und Gewerbe“ Breite Straße, abzuholen.  
Der Vorstand.  
Heise, Vorkühender. 3044)

**Kümmel**  
diesjähriger Ernte gibt auch in kleineren Quantitäten an Verbraucher ab.  
Gärtnerei **Zimmermann, Spandau, Hamburger Straße 12** Telefon 758. (3043)

**Ziegenzuchtverein Lübeck.**  
**Gründungsversammlung**  
am **Sonntag, dem 29. Juni, abends 8 Uhr, im Bürgerverein, Königstraße 25.**  
Tages-Ordnung: 1. Sagen. 2. Wahlen. 3. Buchhaltung. 4. Verschiedenes.  
Jeder Ziegenfreund ist eingeladen. (3038)

**Haltbare Hosenträger**  
mit Leder und gutem Gummi  
**Aug. Janensch,**  
Sandstraße 6. (3029)  
**Visitenkarten**  
**Buchdr. Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.**  
Filiale Lübeck:  
**Versammlung**  
am **Sonntag, dem 29. Juni** abends 8 1/2 Uhr  
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 52.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl der Ortsverwaltung.  
2. Stellungnahme zu der am 26. August in Augsburg stattfindenden Generalversammlung.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
3031) Die Ortsverwaltung.

**Der Hias kommt wieder.**  
**Hansa-Theater.**  
3038

**HANSA-THEATER.**  
Operetten-Gastspiel. 3087  
Freitag, den 28. Juni, abends 8 Uhr:  
**Schwarzwaldmädel.**  
Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 Uhr:  
**Schwarzwaldmädel.**  
Sonntag, 30. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, Fremden-Vorstellung:  
**Schwarzwaldmädel.**  
Abends 8 Uhr:  
Abschieds-Vorstellung d. Münchener Operetten-Gesellschaft:  
**Schwarzwaldmädel.**

**Stadthallen-Theater.**  
Direktion: Stanislaus Fuchs. 3039  
Freitag, den 28. Juni 1918:  
**Die fünf Frankfurter.**  
Lustspiel von Carl Rösler.  
Sonnabend, den 29. Juni 1918:  
**Der Soldat der Marie.**  
Operette von Leo Ascher.  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.  
Sonntag, den 30. Juni 1918:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Der Soldat der Marie.**  
Operette von Leo Ascher.

**Brauerei zur Walkmühle**  
**Hansa-Brauerei A.G.**  
Lübeck.  
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

**Bavaria-Brauerei**  
Hamburg-Altona  
Niederlage Lübeck  
Lindenstr. 68a Tel. Nr. 474  
Fleisch- und Würstchen  
Ulrichs- u. Lorenzstraße  
**Julius Schober**  
Lübische Wurstwaren  
Große Banzstr. 5

**Praktischer Wegweiser**  
Empfehlungsw. Geschäfte  
Zergl. Beachtung  
empfehlen  
Korrespondenz  
**Heinrich Waller**  
Breitest. 60  
Herrenwäsche  
Krawatten-Unterzeuge  
Hüte, Schirme etc.  
Wais  
**Wilhelm Rahft**  
Unterstr. 113 Telefon 687  
verleiht Besorgung von  
draußen Weizen & Spiritosen

**Tübinger Würstfabrik**  
**August Schreier**  
G. m. b. H.  
Liefert das Beste in allen Wurstwaren.  
Wurstfabrikation  
**Lübecker Wurstfabrik**  
**Emil Aland**  
Wihl. Schmidt Nachf.  
4011  
**C. Ahrens, Bäckermeister.**

**Kaiser-Bevorratung**  
**Das gute Lübecker Bürgerbräu**  
Antienbierbrauerei Lübeck  
Eutla  
**Mews Mühle, Mühlenfabrik**  
Ratzeburg  
**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

## Das große Manto.

Von Kriegsmonat zu Kriegsmonat sinkt die öffentliche Sicherheit herab. Diebstähle wachsen ins Ungemessene, und die Diebstähle bei öffentlichen Behörden, bei der Post und bei der Eisenbahn werden zu einem offenen Skandal. So erklärte der preussische Eisenbahnminister vor einigen Wochen im Haushaltsausschuß, daß innerhalb eines bestimmten Zeitraumes 1343 Privatpersonen und 2622 Eisenbahnbedienstete, darunter vorwiegend Erbschaftskräfte, wegen Eisenbahndiebstahls bestraft wurden. Die in Friedenszeiten ganz unbeachtlichen Entschädigungsfälle für abhandlungsgemachte Güter hätten 1914 4,7 Millionen Mark, 1916 17,8 Millionen, 1917 49 und nach einer neueren Schätzung sogar 57 Millionen betragen. Als Schadenersatz wären 1917 von der Post 3,1 Millionen Mark zu leisten gewesen. Die durch Einbruchsdiebstähle verursachten Schäden nahmen in Geschäftsräumen und Privathäusern rapid an Umfang zu. So betrafen sich zum Beispiel die Aufwendungen der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft für angefallene Schäden aus Einbruchsdiebstählen 1914 auf 877 405 Mark und 1916 auf 1 012 498 Mark; sie schwollen 1917 auf nicht weniger als 2 126 809 Mark an.

Eine schwere Erschütterung erfuhr im Kriege die öffentliche Moral durch die Auflösung zahlreicher Ehen. Hunderttausende von Familienvätern sind gefallen und die Kriegserwitwen bilden eine neuartige Menschenschicht. Hunderttausende von jungen Mädchen ist weiter die Möglichkeit einer Eheschließung genommen worden. Der Boden für einen unregelmäßigen sexuellen Verkehr ist damit gegeben. Und schon spricht man von einer „Verwildernis“ des sexuellen Verkehrs. Die durch den Krieg jäh zerrissenen oder stark gelockerten Familienbände haben weiter auf die Kinder und jugendlichen Personen in erschreckender Weise demoralisierend gewirkt.

Die Kriminalität der Jugendlichen nahm bedrohlich zu. So wurde in einer Beratung von Fachleuten die Tatsache bekanntgegeben, daß in einem rheinländisch-westfälischen Bezirk, in dem in Friedenszeiten etwa 5000 Fälle von jugendlichen Vergehen dem Strafrichter unterbreitet wurden, jetzt 25 000 Fälle abgeurteilt werden müssen. In Berlin ist ebenfalls ein besorgniserregendes Aufsteigen der Vergehen der Jugendlichen festgestellt worden. Wir erfahren nämlich aus dem Berichte der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, daß ihre Tätigkeit sehr erheblich in die Breite und Tiefe wuchs. In ihrem Berichte heißt es:

„Stark vermehrte Arbeit fand die Jugendgerichtshilfe durch die außerordentlich gesteigerte Kriminalität der Jugendlichen. Waren es im Jahre 1916 die Zwölf- bis Vierzehnjährigen, die uns besondere Sorge machten, so erstreckt sich jetzt die Steigerung der Kriminalität immer mehr auf die ganze Jugend; stärker treten auch die Mädchen zwischens 16 und 18 Jahren hervor. Die ganze Art der Kriminalität ist anders geworden. An Stelle der Gelegenheitsvergehen und Verbrechen, der Taten aus Uebermut und Leichtsinne tritt das Roheitsverbrechen, die Gewalt, die kühn und langer Hand vorbereitete Tat. Es zeigt sich der Abstieg des sittlichen Empfindens, der mit der Länge des Krieges immer jähler zu Tiefe führt.“

Die straffälligen Jugendlichen begingen vorwiegend Eigentumsvergehen (89 Proz.), und es sind 1946 (62,1 Proz.) im Jahre 1917 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der schützenden Dämme zur Abwehr der sittlichen Gefahren für die heranwachsende Jugend fielen im Weltkriege leider übergenug. Halb Kind noch, betrat der Junge oder das Mädchen die Fabrik, Heberarbeit und Nacharbeit mußten diese ganz Jugendlichen sich aufbürden lassen. Ueberarbeitete Jugendliche und überarbeitete Mütter. Nach den jebten veröffentlichten Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten stieg die Summe der bewilligten Ueberstunden der

Arbeiterinnen von 15 auf 23 Millionen, die der „jungen Leute“ von 7 auf 8½ Millionen. Die Zahl der Arbeitstage, für die für Arbeiterinnen Nachtarbeit erlaubt wurde, stieg von 25 Millionen im Jahre 1916 auf 44 Millionen im Jahre 1917, die der jugendlichen Leute unter 16 Jahren von 3¼ auf 5¼ Millionen. Ueberall Raubbau an der Arbeitskraft der Frauen, Mädchen und Kinder.

Der Krieg hat die bürgerliche Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen aufgewühlt und moralische Haltlosigkeit in die Kreise hineingetragen, deren soziale Existenzverhältnisse schon vor dem Kriege sehr schwankend waren. Mit jeder Kriegswoche wächst die Zahl der Straußelnden. Eine baldige Beendigung des Krieges ist daher im Interesse des Wiederaufbaues der Gesellschaft und der Hebung der so tief gesunkenen öffentlichen Moral geboten. Was werden dem deutschen Volke alle die Herrlichkeiten der Welt, die ihm die alldeutschen Eroberungspolitiker versprechen, nützen, wenn es dauernden Schaden an seiner Seele erleidet!

## Der Rumänenvertrag im Hauptauschuß.

Am Mittwoch morgen wurde zunächst über den wirtschaftspolitischen Zusatzvertrag beraten, wozu Ministerialdirektor Körner einige Erläuterungen gab. Der Zusatzvertrag ist zwischen Deutschland und Rumänien allein abgeschlossen worden und berechtigt alle berechtigten Wünsche. Der alte rumänische Handelsvertrag, unter dem sich die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder günstig entwickelt hatten, ist wieder in Kraft gesetzt; er läuft vorläufig bis 1930. Deutschland hat das Kabellegungsrecht an der ganzen rumänischen Küste erworben. Die am Ebernen Tor zu erreichende deutsche Werftanlage soll auch eine Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen erhalten. Das Petroleumabkommen sichert uns die gesamte überschüssige Produktion sowie die Desillente. Oesterreich-Ungarn ist an diesen Abmachungen zum kleineren Teil beteiligt. Das Wirtschaftsabkommen sichert uns bis 1926 den gesamten Ueberschuß Rumaniens an landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeder Art; Oesterreich-Ungarn ist daran ebenfalls beteiligt. Für die beiden ersten Jahre sind allerdings die Preise ziemlich hoch. Das Schiffsfahrtsabkommen sichert uns Vorteile in bezug auf Schiffsraum und Verkehrsmöglichkeit.

In der Besprechung wird verlangt, daß sowohl auf deutscher, als auch auf österreichischer Seite wirklich bundesgenössischer Geist herrsche. Dr. Köstler (K.) wendet sich gegen eine Anzahl Bestimmungen des deutsch-rumänischen Abkommens, darunter auch gegen seine lange Dauer. Die deutsche Landwirtschaft drohe dadurch stark geschädigt zu werden. Die Regierung habe wirtschaftspolitisch keinen festen Plan, sie arbeite nach alter Schablone, ohne Rücksicht auf neue Verhältnisse und neue Bedürfnisse. — Staatssekretär v. Köhler antwortet dem Vorredner, der ihm unterstellt hatte, in seiner jüngsten Plenarrede von einer noch siebenjährigen Kriegsdauer gesprochen zu haben, daß er über die vorläufige Kriegsdauer überhaupt nichts gesagt habe.

Das Abkommen über die Wertanlagen in Zurgin und Turn-Severin wird nach kurzer Aussprache gutgeheißen. Bei der Besprechung des Petroleumabkommens erbittet Erzberger eine Auskunft darüber, wer im Besitze der Anteilscheine der deutschen Gesellschaften sei. Zum Glück habe ja die deutsche Regierung dem Drängen deutscher Kapitalisten, die alles in die Hände zu bekommen versucht hätten, nicht stattgegeben. Für diese Kapitalisten sei das Blut unserer Söhne nicht geflossen. Aus diesen Kreisen habe sich Bezeichnenderweise auch der stärkste Einspruch gegen den Friedensvertrag geltend gemacht. — Ein Vertreter der Regierung erwidert Erzberger, die Gesellschaften seien genügend gebunden; es handle sich um bloße Erwerbsgesellschaften mit kleinem Kapital, die ihre Anteile vertragsgemäß zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung der Regierung stellen müßten. — Noske (Soz.): Der Petroleumvertrag sei wie die anderen Verträge für uns zunächst nur eine Sicherheitsmaßnahme, die aufgehoben werden könne im Hinblick auf die Gefahren, die Deutschland aus den Beständen der Pariser Wirtschaftskonferenz drohen. Darum müsse man ihnen trotz mancher Bedenken zustimmen. Die Darlegungen der Regierung ließen noch die sichere Gewähr vermüssen, daß sich nicht private Kapitalisten auf Grund dieser Ver-

träge zu bereichern vermöchten. Daher sei es dringend zu wünschen, dem Reichstag vor dem endgültigen Abschluß der mit irgendwelchen Gesellschaften zu schließenden Abkommen Kenntnis zu geben. — Ein inzwischen eingelaufener Antrag Erzberger und Genossen verlangt die Gewährleistung einer ausreichenden Gewinnbeteiligung des Reichs bei der Petroleumausbeute. — Staatssekretär v. Stein gibt über die dahingehenden Absichten vertrauliche Auskunft. — Mehrere Vertreter der Regierung sprechen noch über die Organisation der Petroleumgewinnung sowie die Möglichkeit, schon jetzt rumänisches Öl hierher zu bringen.

Noske und Genossen haben inzwischen einen Antrag eingebracht, demgemäß alle mit Gesellschaften abzuschließenden Verträge dem Hauptauschuß vorher vorgelegt werden müssen. — Graf Welldorff hält es für gerechtfertigt, daß das Reich an dem Gewinn dieser Gesellschaften teilnimmt, doch müsse eine bureaukratische Verwaltung vermieden werden. Rumänien sei im Grunde viel zu gnädig behandelt worden. — Dem widerspricht der Regierungsvertreter Dr. Herz, der im einzelnen die wirtschaftliche Schädigung des Landes erörtert. — Staatssekretär v. Stein widerpricht dem oben erwähnten sozialdemokratischen Antrag, da er eine große Erschwerung bedeuten würde. — v. Graese (K.): Die Legende von der indirekten Kriegsschädigung Rumaniens sei durch die Aussprache zerstört worden. Der Antrag Noske könne nur in gemildeter Form angenommen werden. — Noske bemerkt, daß nach den bestimmten Zusicherungen des Staatssekretärs, wann alle Verträge zur Kenntnis des Reichstages gelangen sollten, der sozialdemokratische Antrag zurückgezogen werde.

Damit ist die Debatte geschlossen, der Auschuß stimmt dem Gesamtabkommen über die Wirtschaftsbeziehungen zu.

## Wiederaufnahme des privaten Wohnungsbaues.

In den Richtlinien für die Baufähigkeit, die das Kriegsamt für dieses Jahr erlassen hat, wird als Hauptaufgabe nach wie vor die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie durch die dazu nötigen Bauarbeiten bezeichnet. Dann aber fährt das Kriegsamt fort:

Als neue Aufgaben treten für das Jahr 1918 die Maßnahmen zur Vorbeugung der Wohnungsnot sowohl in den Städten wie auf dem platten Lande hinzu. Außer der Nahrung und Kleidung ist die Schaffung gesunder Wohnungen dringendstes Bedürfnis des Volkes. Auch der Bau von Scheunen und Ställen, sowie sonstiger landwirtschaftlicher Betriebsgebäude, ist in noch stärkerem Maße wie bisher zu fördern.

Seit Kriegsbeginn ist die Errichtung von Gebäuden, die lediglich für Wohnzwecke bestimmt sind, nur in geringerem Umfang erfolgt. Die Ursache waren die durch den Arbeiter- und Baustoffmangel entstandenen Erschwernisse, die im letzten Jahre die äußerste Einschränkung aller privaten Bau-tätigkeit veranlaßten. Hierdurch ist in verschiedenen Städten und auf dem platten Lande aus dem Wohnungsmangel eine Wohnungsnot entstanden. Nachdem nun im vergangenen Jahre die dringendsten Bedürfnisse der Kriegsindustrie durch die Bau-tätigkeit befriedigt worden sind, fällt es das Kriegsamt für seine Pflicht, durch geeignete Maßnahmen dieser schon vorhandenen oder mit Bestimmtheit zu erwartenden Wohnungsnot vorzubeugen.

Soweit eine wirkliche Wohnungsnot besteht und die Dringlichkeit zu ihrer Beseitigung nachgewiesen ist, werden die erforderlichen Bauten wirksam unterstützt und die benötigten Baustoffe freigegeben.

Die wesentlichen Bauaufgaben bestehen in Um- und Ausbauten. Der Ausbau der Dachböden für Wohnzwecke und der Kellerwohnungen ist nur in ganz besonderen Notfällen zulässig, und zwar unter baulich und gesundheitlich besonders günstigen Verhältnissen. Schärfe Beurteilung ist geboten. Umbau von größeren Wohnungen durch Zerlegung in kleinere wird meist ohne erhebliche Schwierig-

## Rosi zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

15. Fortsetzung.  
Auf der Sidel sitzend, überließ sich die junge Frau ihrer Wehmut. Was müßte aus den Frauen werden, wenn ihnen Tränen verweigert wären! Man ist versucht, ihre Gabe, zu weinen, für ein wohlthätiges Mittel anzusehen, mittels dessen das reizbare weibliche Gemüt sich Luft macht, der zusammengepreßte Schmerz sich ausströmt. Dank dieser vorzüglichen Einrichtung der Natur steht sich in der Seele der Frau nicht so leicht jener bittere Niederdrück an, der nur zu oft wie eine Salzkraute die Seele des Mannes überzieht.

Als Rosi sich ausgeweint und ihre Fassung wiedergewonnen hatte, fiel ihr Blick auf einen Gegenstand, der sie mit neuer Kühnheit erfüllte. In einer Ecke des Stübchens stand eine allerliebste Wiege, die, ach, noch immer leer war. In der ersten Zeit ihrer Ehe hatte Ruodi all seinen Fleiß und Geschmak auf die Herstellung dieses Hausratsstückes verwandt und richtig die schönste Wiege zustande gebracht, die man je im Gebirge gesehen. Aus Stücken blütenweißen Alhornholzes war sie zusammengesägt und mit seinem Lack überzogen. Ein zierlich geschwungener Kranz von Alpenrosen zog sich außen herum. An der Innenseite des Kopfendes hatte Ruodi, der ein gewandter Zeichner war, ein Medaillonbild seiner Rosi in Reliefart angebracht, und darunter war sein und ihr Name und das Datum ihrer Hochzeit eingegraben. Wie hatte sich der Zwilfbauer gefreut, als er die fertige Wiege gesehen! „Nu, Rosi“, hatte er gesagt, „jetzt ist's ganz an dir.“ Kinderbettsli hatz'richten und z'luege, daß d' Hauptstach' drin gekommen.“ Das Kinderbett war auch richtig bald genug in die Wiege gekommen, und recht niedlich guckten die kleinen weißen Kissen und die rosafarbene Decke daraus hervor; aber die Hauptache war ausgeblieben.

Das alles beschäftigte die Gedanken der jungen Frau und bemühte sie schwer. In ihrer trüben Stimmung machte sie sich einen Vorwurf daraus, daß sie den fast leidenschaftlich lebhaften Wunsch ihres Vaters, einen Enkel auf den Knien zu schaukeln, nicht erfüllt hatte.

Sie zog die Wiege aus der Ecke, und während sie in schmerzlicher Betrachtung davor stand, kam Ruodi herein. Sie versuchte den teuren Mann anzuschauen, um ihn durch den Anblick ihrer Trübsaligkeit nicht zu betrüben. Aber das Lächeln erstarrt auf ihren Lippen, als sie den eigentümlichen Blick erhaschte, der aus den Augen des Gatten auf die Wiege fiel, in der er so viele zärtliche Guterhoffnungen hineingearbeitet hatte. Dieser unbedachte Blick gab der schönen armen Kinderlosen wie ein Stich durch das Herz.

„O Ruodi“, stammelte sie, in Schluchzen ausbrechend, „ich mag wohl, ich —“

Ruodi begriff unklar, was seine Frau so heftig bewegte; aber da er des Zartgefühls keineswegs ermangelte, schien es ihm wohlgetan, sich unwissend zu stellen.

„Was meinst, lieb's Rosi?“ fragte er, ihre Hand zärtlich drückend.  
„Oh, du weißt schon, du weißt schon! — Dem Vater selig hat's ja noch auf dem Todbett' Kummer und Sorg' g'macht, und als d' Mutter, ihn z' trösten, sagte, es sei ebbis um d' Weg bei mir, da durft' ich ja doch nit nein sagen, damit er im Frieden sterben könnt'. Aber — oh, gelt, Ruodi, du bist mir nit böß?“  
„Dir böß sein, arm's Weib? Was denkst doch auch! Mach' dir doch, ich hitz', keine so trü'fnig' Gedanken und laß dir die Sach' nit so z' Herzen gehn. Weißt, was noch nit ist, kann werden, und kommt Zeit, kommt Rat.“

„Will's Gott, Ruodi!“  
Er merkte, daß der Ton dieses Wunsches wenig hoffnungsreich klang, und fuhr fort: „Gib dich z'frieden, Köski, my lieb's Köski, gib dich z'frieden. Lueg, ich will mit dir wetten, was d' wott'it, eh' zwei Jährl' um sind, liegt e hübsch' Chnäckli in der Wiege da.“

Jetzt konnte sie lächeln, wenn auch immer noch durch Tränen; denn, oh, wie gern nimmt ein kummervolles Weib Beschwichtigung und Trost von dem entgegen, den sie liebt.  
Ihm und ihr schwante nicht, wie seine Prophezeiung in Erfüllung gehen sollte. In dem Hinterstübli im Kütti war zu dieser Stunde eins jener rätselhaften Worte gesprochen worden, wie sie manchem Menschengeschick bestimmenden Ereignis lange vorangehen, aber selten beachtet, geschweige in ihrer ganzen Bedeutung gefaßt werden.

Seltam, Rosi glaubte an die tröstliche Verheißung ihres Mannes, und doch kostete sie es von jenem Tage an eine Art Ueberwindung, die schönste Wiege anzusehen. Der Blick, den er da bei seinem Hineintreten von ihr ab auf die Wiege hatte gleichen lassen, sie konnte ihn nicht vergessen. Er blieb auf dem Grund ihres Herzens haften, schwer wie ein Bleigewicht, dessen Druck die Zeit nicht minderte, sondern nur mehrte.

### 7. Kapitel. Schwüle.

Das Leben ging in dem Hofstale von Windgellen wieder seinen altgewohnten Gang. Doch trat bald ein für die Bewohner des Kütti und mittelbar auch für die der Zwilb nicht unwichtiger Zwischenfall ein.

Auser Tal mit seinen ragenden Bergfelsen, seinem Gletscher, seinem Seespiegel, seinen bizarren Felsbildungen und seinen hübschen Wasserfällen ist für jene Klasse von ungefederten Zweiflüglern, die in der Zoologie unter genus: homo, species: Tourist rubriziert sind und sommers das Berner Oberland, den Bierwaldstätter und Genfer See unsicher machen, noch nicht „entdeckt“. Demigstens steht es noch nicht im Bädeler oder Tschudi oder Ber-

lesch. Auch nicht im Marraz, und aus letzterem Umstand erklärt es sich hinlänglich, warum sich hier noch kein jener Besetztersgestalt, die der darauf eingefrorene anglikanische Heuchlerdünkel so widerwärtig macht, hatte sehen lassen. Wenn es wahr ist — und es ist ja wahr, wie nur irgendeine „brutale“ Tatsache —, daß das Touristenwesen auf den schweizerischen Volksschichten nicht sehr moralisierend gewirkt habe und fortwährend wirkte, so muß auf der andern Seite auch zugegeben werden, daselbst habe die poetische Begabung der Schweizer, mit der es, wie Unkundige fälschlich meinen, nicht eben weit her sei, höchst bedeutend angelegt und entwickelt. Phantasie ist die Grundkraft dichterischer Tätigkeit, das steht fest. Nun wohl, niemand wird leugnen wollen, daß die Einbildungskraft der Schweizer bei dem löblichen Bestreben, die Gastlichkeit ihres Landes den Fremden darzulegen, zu einem wahrhaft bewundernswerten Reichtum an Hilfsmitteln aller Art sich entfaltet habe. Die Wirte und andere Besizer von Wasserfällen, Gletscheransichten, dito von Felswänden mit obligaten Capos, haben sich zu einem Virtuositentum hinaufgeschwungen, dessen Spiel auf der Geld-Gaite das eines Bagamini unendlich weit hinter sich läßt. Und was vollends jene esle freie Kunst, die achte, anlangt, die in dem profanischen Verston der Polizei unter dem Buchstaben B eingereicht ist, so wird, wer die paradiesische Tour von Meyringen über Rosenlau, Grindelwald, Wengernalp und Lauterbrunnen nach Interlaken oder umgekehrt ein- oder einpaarmal gemacht, nicht ansetzen, zu bekennen, daß auf diesem klaffischen Boden die Idee des Bettels voll und ganz in wahrhaft beglaubender Mannigfaltigkeit zur künstlerischen Erscheinung gekommen sei. Die Verehrer der guten alten frommen Zeit der Romantik haben es zu beklagen, daß die Bewohner der Ost- und Nordschweiz des profanischen Darstellens sind, die achte der freien Kunst gehöre nicht notwendig zum Leben, ja, daß sie es auf dem Wege privater Vereinlicher Tätigkeit in mehreren Kantonen glücklich dahin gebracht, dieselbe gänzlich abzutun. Du kannst da in manchen Gegenden tagelang reisen, ohne auch nur einmal ange-fordert zu werden, woraus wieder klarlich erhellt, daß die Schweiz der Herd der Revolution ist.

EWIG sich erneuernd und unbestimmbar buntschneidig wie die Menschheit selbst, ist das Gebiet der menschlichen Karrheit. Weder Sebastian Brant noch Erasmus von Rotterdam noch alle die Autoren des Anno 1575 in jurstbarem Jolio gedruckten Theatrum diabolorum haben sich träumen lassen, daß am Ausgange des 18. Jahrhunderts eines schönen Tages der dänische Poet Deszsen an den Höllenslund des Handwerks sich hängen und in das betäubende Gemüß und Gedonner der kürzenden Luft hinein die Blüte blasen würde, um, so keiner Naturbegünstigung Ausdruck zu verleihen. In unkeren eigenen Tagen aber kam ein deutscher Dichter auf den sublimeren Einfall, in einer der traumhaftesten Lüneburgerflächen, wo keine Güter lagen, in der unmittelbaren Nähe einer großen norddeutschen Haupt- und Residenzstadt, sich eine kleine Schweiz anzulegen. Fortsetzung folgt.

Leiten ausführbar sein und ist nach Möglichkeit zu unter-  
stützen. Sodann **Notstandsbauten**, z. B. Baracken in behelfs-  
mäßiger Ausführung; sie sind nur in dringenden Ausnahmefäl-  
len zur beschleunigten Befreiung der Wohnungsnot zu  
empfehlen. Schließlich **Neubauten**. Hierbei kommt in Be-  
tracht die Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauten.  
Die Weiterführung mußte von Fall zu Fall geprüft werden.  
Wenn es die Verhältnisse erlauben, wird die Genehmigung erteilt werden können, besonders dann, wenn  
die Anforderungen an beschlagnahmten Baustoffen gering  
sind.

Ebenso müssen die Einzelwohn- und Gruppenhäuser von  
Fall zu Fall geprüft werden, jedoch unter schärfster Beurteil-  
ung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. **Zugun-  
bauten sind verboten**. Besonders zu fördern sind die Klein-  
wohnungsbauten. Anträge aus der Industrie auf Her-  
stellung von Arbeiterwohnungen sowie seitens der Gemein-  
den sind der Baupolizei umgehend zur Prüfung vor-  
zulegen. Die Genehmigung ist abhängig zu machen von  
der Zustimmung der zuständigen Landes- und Gemeinde-  
behörden.

Sollte sich herausstellen, daß zur Förderung dieser Auf-  
gaben eine Abänderung der bestehenden feuer- und bau-  
polizeilichen Vorschriften erforderlich macht, so wird die  
Kriegsamtstelle ersucht, die etwa notwendigen Einzel-  
dispense von der Baupolizei und der zuständigen Behörde  
einzuholen oder gegebenenfalls durch Verhandlungen mit  
den in Frage kommenden Behörden **grundfähliche Dispense**  
der Bestimmungen herbeizuführen. Entscheidung darüber,  
zu welchem Zeitpunkt nach dem Krieg Notwohnungen ge-  
räumt werden müssen, erfolgt durch die zuständige Re-  
gierung.

Die Richtlinien enthalten dann noch eine Reihe von  
Spezialvorschriften über den Zulassenverkehr bei der Ge-  
nehmigung von Bauten und die Bereitstellung der erforder-  
lichen Arbeitskräfte.

Für die Zeit nach dem Kriege sehen bekanntlich Reichs-  
tag und preussischer Wohnungskommissar umfassende Maß-  
nahmen zur Behebung der drohenden Wohnungsnot vor.  
Inzwischen aber ist es sehr zu begrüßen, daß das Kriegs-  
amt schon jetzt an die praktische Arbeit geht und Material  
und Arbeitskräfte zur Bekämpfung der Wohnungsnot frei-  
gibt. Gemeinden, in denen eine härtere Wohnungsnot  
herrscht, sollten nicht die Gelegenheit verpassen, so fort  
den gemeinnützigen Wohnungsbau in Angriff zu nehmen.

## „Politische Verbrecher und Narren.“

### Der „Bund der Kaiserstreuen“.

Der „Bund der Kaiserstreuen“, der wie er selbst sagt,  
die Deutsche Vaterlandspartei ergänzt, versen-  
det wieder zwei Druckschriften. Wir möchten uns damit begnü-  
gen, einige Sätze daraus wiederzugeben, und nur die Wahl fällt  
uns schwer, da Perle sich an Perle reiht. Ein gedrucktes Rund-  
schreiben beginnt folgendermaßen:

#### „Guer Deutschlandern“

Bitte ich ergebenst, im Sinne nachfolgender Zeilen zu handeln:  
Keine neue Weisheit, nur die traurige Gewisheit für die, die  
den Mut haben, Tatsachen unverblümt mit nacktem Namen zu  
nennen. Das Hauptziel der Todfeinde Deutschlands ist ja  
erreicht, die Zerrüttung der starken Monarchie. So  
lange durften sie ungehindert wählen, von irremdbilligen  
internationalen Landesverrätern als Helfershelfer, von  
der Verblendung schwachseliger Toren an beratenden  
Stellen auf das nachdrücklich unterstützt, bis der Haupt-  
feind des deutschen Kraftbaues trotz eines Hin-  
denburg und anderer herrlichen Heeres dem Einsturz nahe ge-  
bracht wurde.“

Der „Hauptfeind des deutschen Kraftbaues“ ist offenbar das  
preussische Reichstagsmitglied, und dem in der Tat herrlichen  
Heer hat insofern die rechtliche Mehrheit des Abgeordneten-  
hauses jene Zustimmung abgelehnt, die sie jedem dabein-  
stehenden Worte reiferen Alters gewähren will. Das Rund-  
schreiben ist unterzeichnet von Rud. Herzog-Deutschwehr, Haupt-  
mann a. D. und Brandenburger. Rud. Herzog-Deutschwehr ist  
im letzten Teile seines Sembrüdes fürstliche Schlachtstraße aus:  
„Gedier, altes, kernhaftes Brandenburg, wiederum neuen  
Segen für die deutsch-Heimatlande, die „Front der Kaiser-  
streuen“ wider Verbrecher an unsern innern Dainen!“  
Gleichzeitig gibt der „Bund der Kaiserstreuen“ eine Flug-  
schrift heraus, die, gewiß zutreffend, „Politische Verbrecher und Narren“  
heißt. Am Schluß stehen die Namen: v. Knobelsdorff,  
Major a. D., Vorkämpfer; Dr. jur. Friedrich Karbe, Direk-  
tor der Deutschen Anleihebank, Ritzgutsbesitzer, Landtags-  
abgeordneter, Berlin; v. Borch, Rittergutsbesitzer und Land-  
schaftsrat, Domschwab; Baron Diegeon v. Monteton,  
Generalleutnant a. D., Hannover; Freiherr v. Daerberg,  
Königlicher Kammerherr, Kaiser; Graf v. Hindenkeim auf  
Giehrn; Dr.-Ing. Erich Krüger, Hannover — aus der  
„Deutschen Vaterlandspartei“ wohlbekannt — v. Oldenburg,  
Königlicher Kammerherr, Jaminiau; Dr. v. Plehn-Kohlfow  
uvm. In der Flugschrift steht unter anderem:

„In das ein deutscher Reichstag, der die Ge-  
schäfte unserer Feinde besorgt? Wenn die Mehr-  
heit des Reichstags nichts Besseres weiß und nichts Besseres  
tun kann, dann mögen seine Mitglieder lieber die Beine unter  
den Tisch ihres heimlichen Hauses stecken. — Der Anmarsch  
der Reichstagsmehrheit muß auf einem andern Gebiet ein  
Ende gemacht werden. Was hat der Reichstag mit dem preu-  
sischen Wahlrecht zu schaffen? Nichts, aber auch gar  
nichts! Aber das ist ein nettes Bröckchen von Parla-  
mentarismus! Das ist nur der Anfang, es wird noch toller  
kommen.“

Nach diesen „netten Bröckchen“ folgt ein Abhandlung über  
„Erzbergers persönliche Interessen“. Diesen Teil  
des Wertes übergehen wir. Reimann-Hollweg wird dann ein  
„jammervoller Schwächling“ genannt und die Verfasser der Flug-  
schrift werden sich wieder dem wahren Ziele, dem Kampf gegen  
das gleiche Wahlrecht, zu:

„Reimann-Hollwegs Text“ erreicht, so durch und durch  
unwahre Grundzüge war, den erzielten Zweck, denn Pa-  
lantini und Gensien sorgten dafür, daß an der entschei-  
denden Stelle die Wahrheit verborgen blieb. Sie sind die Mit-  
schuldigen an dem verabschiedungswerten Verbrechen,  
das hier begangen wurde, dessen Folgen unabsehbar sind.  
Wird die Frucht dieses Verbrechens nicht? Für die  
Hauptverdächtigen nicht. In das verabschiedete Nichts sind sie hinab-  
gestürzt und jedem erblichen deutschen Mann stellt sich die Faust  
im Angesicht, dann, hört er ihre Namen nennen. Aber was  
heißt das, nicht noch als bedenkliche Last auf der Seele des preu-  
sischen, des deutschen Volkes. Sange fragt es: Wird  
dies unheilvolle Verbrechen geahndet?“

Von dem Minister des Innern Dr. Drews wird gesagt, daß  
er den „Kriegsamt“ des preussischen Reichstages „beizubehalten“  
„in einem Ausmaß, wie bisher jedem Minister geizig hat“.  
In einem Aufsatze mit der Überschrift „Der Krieg des  
Vaterlandes“ wird erklärt: „Der zur Wehr dieser Gefahr be-  
gründete Bund der Kaiserstreuen“ ist bereit, den Kampf  
zu führen, daß er in kurzer Zeit Erträge von hundert-  
tausend ergibt hat.“ Die Fassung dieses letzten Satzes ist

getreu dem Wortlaut von Quackalbernanpreisungen nachgeahmt.  
Hinterher steht, im gleichen Stil: „Wir verlangen nur eine Mark  
vierteljährlich oder einmaligen Beitrag von 50 Mark aufwärts.“  
Wer hat Lust?

## Die Zentrumsarbeiter werden rebellisch!

In Bochum tagte eine große Versammlung von Arbeiter-  
zentrumswählern, die von rund 1000 Delegierten aus ganz West-  
deutschland besucht war. Der Vorsitzende, Stadtverordnete Lin-  
sing (Bochum) bezeichnete angefaßt der Verhältnisse, die sich in  
der Zentrumsarbeit herausgebildet hätten, eine eingehende Aus-  
sprache und Stellungnahme als dringend notwendig, und der  
Hauptredner, Arbeitersekretär Klotz-Essen, besorgte denn dies  
auch sehr gründlich. Man sorgte sich in Arbeiterkreisen ernstlich  
um das Wohl der Partei (?), die im Wandel der Zeiten ihre  
„wahren Stütze in der Arbeiterklasse“ gehabt habe. Wenn  
sich auch die sozialdemokratische Propaganda von einer Tren-  
nung in der Zentrumsarbeit nicht erfüllen werde, so müsse man  
doch jetzt die Dinge beim rechten Namen nennen. Das  
Zentrum sei der Arbeiterklasse zu stark agrarisch orientiert. Man  
wolle jetzt fortgesetzt die industriell-gewerblichen Interessen West-  
deutschlands zugunsten des Ackerbau und der Landwirtschaft zurück-  
drängen. Die Ursache sei wohl mit auf die gegenwärtige Zusammen-  
setzung der Fraktion zurückzuführen. Die Preispolitik des östlichen Agra-  
rismus dürfe nicht weiter zum Schaden der Verbraucher ge-  
führt werden. Wenn man jetzt durch die Erhöhung der Brotpreise  
das Volk um eine neue Milliarde belaste, so müsse dagegen ent-  
schieden Front gemacht werden. Besonders aber hätten die Vor-  
gänge bei der Wahlreform geknickt. Durch die von den  
Gegegnern des gleichen Wahlrechtes angestrebte Rechtsverkürzung  
einzelner Volksteile erbitterte man die treuesten Anhänger des  
Zentrums. Bei einer etwaigen Auflösung des Abgeordneten-  
hauses werde kein Arbeiterwähler des Zentrums einem Wahl-  
rechtsgegner seine Stimme geben, selbst wenn man dadurch ge-  
zwungen sein werde, im Zusammengange mit anderen Parteien  
das gleiche Wahlrecht durchzubringen. (Allseitige Zustimmung.)  
Die katholische Arbeiterklasse vermisse die zielklare Einstellung der  
Partei auf die großen Fragen der Gegenwart. An diese  
Kritik schloß Klotz weitgehende Vorschläge für eine Reform der  
Parteiorganisation. Heute seien große Wahlkreisegebiete des in-  
dustriellen Westens trotz bedeutenden Aufbringens, an Wähler-  
stimmen überhaupt nicht vertreten.

In der Besprechung wurde den Ausführungen des Red-  
ners allgemein zugestimmt. Wieber (Duisburg) verlangte in  
der Wahlrechtsfrage „klare Bahn ohne Hintertüren und Zwi-  
schennähr“. Nur dadurch nehme man der Sozialdemokratie den  
Wind aus den Segeln. Landtagsabgeordneter Vogelung  
(Essen): „Alle Abgeordneten, die Segen eines gleichen Wahl-  
rechtes sind, müssen hinausgewählt werden.“ Auf das Arbeit-  
samtmergele in der Fassung der Regierungsvorlage möchten die  
Arbeitervertreter am liebsten verzichten. Dann nahm man  
eine Entscheidung an, worin erneut die Einführung des all-  
gemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen gefordert und jedes  
Mehrheitsrecht abgelehnt wird. Den Abgeordneten, die hier  
verlagt haben, würden die katholischen Arbeiter, die im übrigen  
der Zentrumsarbeit auch fernhin treu bleiben würden, nicht  
mehr ihre Stimme geben. Es werden aber mit Nachdruck dahin  
wirken, daß die gerechten Forderungen der Arbeiter auch auf so-  
zialem und staatsbürgerlichem Gebiete innerhalb der Partei zur  
 Geltung kommen. Die Versammlung beauftragt den Ausschuh der  
Arbeiterzentrumswähler, dahingehende Wünsche den leitenden In-  
stanzen der Zentrumsarbeit im Sinne der heute gemachten Aus-  
führungen zu unterbreiten.

## Gewerkschaftsbewegung.

Ein Kriegsamt stellt Lohnhöchungen unter Strafe! In der  
Schwemmsteinindustrie im Neuwieder Becken, die während des  
Krieges gewaltig verdient hat und bei der kommenden Woh-  
nungsnot auf noch größere Verdienste rechnen kann, erhöhte ein  
Teil der Unternehmer den Affordbas für das Herstellen von tau-  
send Steinen auf 12 Mark. Natürlich drängten die Arbeiter der  
Betriebe, wo es noch einen Affordbas von 10 Mk. gab, auf Lohn-  
erhöhung. Die Schwemmsteinfabrikanten traten darauf zu einer  
stark besetzten Versammlung zusammen und beschloßen einstim-  
mig, daß vom 29. Juni ab der Affordbas von 10 Mk. für 1000  
Steine einheitlich durchzuführen sei. Diejenigen Unternehmer, die  
dieser mehr gezahlt hätten, seien zum Zurückzahlen der Afford-  
basse zu zwingen. Daß die Unternehmer trotz aller Kriegsge-  
winne so handelten, ist vom Standpunkte ihres Klasseninteresses  
freigeizig. Nun aber kommt das Merkwürdige. Der  
„General-Anzeiger der Residenzstadt Koblenz“ teilt nämlich am  
18. Juni mit:

„Die Kriegsamtstelle Koblenz hat sich bereit erklärt, auf  
die Dauer des Krieges die Durchführung dieser Vereinbarung  
zu überwachen und durch die Sperrung der Kohlenzufuhr sowie  
Verweigerung der Freigabe von Schwemmsteinen diejenigen  
Fabrikanten zu kafen, die trotz der Vereinbarung es auch wei-  
terhin versuchen wollten, durch offene oder verdeckte Mehrzu-  
wendungen die höchsten Arbeiterlöhne zu beunruhigen.“

Künftig: Das Kriegsamt läßt die Arbeiter vor beunruhi-  
genden Lohnhöchungen und Strafe die Unternehmer, die die Lage  
der Arbeiter aufzubessern suchen. Die zuständige Arbeiterorgani-  
sation ist überhaupt nicht gefragt worden. Daß die Unternehmer  
bei dem gemachten Wucher mit Baumaterialien sehr wohl hö-  
here Löhne zahlen können, beweist folgender Vergleich: Vor dem  
Kriege wurde ein Affordbas von 4,70—5,00 Mk. für das Tausend  
Steine gezahlt und der Absatzpreis war für 1000 Steine 17—22  
Mark. Jetzt ist der Verkaufspreis für 1000 Steine auf 55—60  
Mark hinaufgetrieben, aber der Arbeitslohn darf nicht über 10  
Mark hinausgehen. Ob das Kriegsamt auch darüber wacht, daß  
der Verkaufspreis angemessen ist und während des Krieges nicht  
mehr erhöht werden darf, darüber wird nichts vermeldet.

Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Norwegen.  
Im Staatsrat wurde die Einführung eines Gesetzentwurfes be-  
schlossen, der die Regierung ermächtigt, die Arbeitszeit in  
industriellen Betrieben, soweit die Verhältnisse es mög-  
lich machen, auf 8 Stunden wöchentlich herabzusetzen.  
Dadurch wird der achtstündige Arbeitstag in Norwegen gesetzlich  
eingeführt.

## Aus Nah und Fern.

Sein Kartenspiel erschlagen. In Berlin wurde in dem  
in der Grenadierstraße 13 belagerten Spinnhof von Borex der  
19jährige Fritz Eloh bei dem Kartenspiel erschlagen. Es ver-  
setzten dort hauptsächlich Zivilisten und Polen. Der Pole  
Eloh spielte mit mehreren gleichaltrigen Deutschen Karten. Als  
er fünfzig Pfennig gewonnen hatte, warfen ihm seine Mitspieler  
Mojalei vor und es kam zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf der  
Kartenspieler von seinen Widerpartern mehrere Faustschläge  
am Kopf und Brust erlitt, in der Unterleib erlitt. Plötzlich  
lag der Pöbelherrscher benutzlos zu Boden und war sofort tot.  
Der Angehörige bemächtigte sich große Aufregung und alle ver-  
setzten ihn sofort ins Lazarett. Die Polizei nahm mehrere Ver-  
haftete mit.

Im Spiel erschlagen. In Köln unterhielten sich in der Gen-  
tler Straße die Jungen mit Indianerspielen. Dabei wurde  
einer der Beteiligten „zum Tode verurteilt“. Man legte ihm  
einen Strich um den Hals und hingte ihn auf. Als man ihn  
nicht wieder befreien konnte und merkte, daß Unheil man an-  
gerichtet hatte, wurden die Feuerweh und ein Arzt herbeigerufen.  
Leider waren die Wiederbelebungsbemühungen erfolglos, denn der  
Junge war tot.

Die Sündenlehre des Herrn Deconomierats. Die „Münch-  
ener“ berichtet: Ein niederbayerischer Müller hat an die „Ba-  
yerische“ Zeitung eine Zuschrift gerichtet, der zu entnehmen ist:  
In einer am 1. Mai in Passau für den abgehaltenen Volks-  
versammlung kam der Geheim Landeseconomierat Dr.  
Heim auf das Durchhalten und die Ernährungsfrage  
zu sprechen und betonte ausdrücklich, daß ein Landrat nicht ein-  
mal mit der Kopfration von 17 Pfund, noch viel weniger mit 13  
Pfund Brotgetreide ausreichen könne. Er besitze selbst fünf  
Deconomiegüter, wo er überall einen Verwalter und mehrere  
Diensthilfen angestellt habe, die ihm aber längst davon ge-  
lassen wären, wenn sie mit dem ausreichen müßten, was  
ihnen geschicklich zuteil. Also Selbsthilfe, empfohlen und  
ausgeführt vom Geheimen Landeseconomierat Dr. Heim! Der  
Mühlener Dorfer von Wiesmühle stellte die kurze Anfrage,  
wie sich Dr. Heim helfe, um seinen Arbeitern das Genügende für  
den Lebensunterhalt zu überlassen, ohne das Getreide zu übertra-  
gen und schwarz zu mahlen. Für die Müller wäre es von gro-  
ßem Nutzen, wenn sie ihren Kunden mit einem geeigneten Mittel  
an die Hand gehen könnten, um sich vor Strafen zu bewahren.  
Der Geheim Landeseconomierat Dr. Heim antwortete, daß er  
nicht wisse, wie es seine Leute machen; er natürlich  
werde sich hüten, für sie zu hamstern oder „schwarz“ zu mahlen  
aber das wisse er, daß die Leute zufrieden seien und sich alle Tage  
jatt essen. Ferner bemerkte er, es gebe auf diesem Gebiete zu-  
e. Sünden, eine lässliche und eine Todssünde. Die lässliche  
sei das Lebertreten der Gesetze und Verordnungen, die  
Todssünde aber das Erwischtwerden. — So spricht man  
vor etwa 2000 Versammelten. Und dabei waren ein Vertreter  
der Regierung von Niederbayern, viele Geistliche, Landräte,  
Abgeordnete usw. und die überwiegende Mehrheit Landwirte an-  
wesend. Die Bauern meinten nach der Versammlung: „Da  
habt ihr es gehört, auch Herr Geheim Landeseconomierat Dr.  
Heim hat es empfohlen, schwarz zu mahlen, nur ihr  
Müller seid so ängstlich!“

„Frau Direktor“ und Arbeiterfrau. Die „Schwäbische Tag-  
wacht“ schreibt: Sechs Jahre hat sie treu gedient, darf deshalb  
auch nach ihrer Verheiratung noch bei direkter Arbeit im  
Festem aushelfen. Sie steht vor ihrer ersten, schweren Stunde,  
will ins Wädnerinnenheim, schämt sich aber — Kleider machen  
Leute — ihrer im vierten Kriegsjahr ärmlichen Ausstattung an  
Leibwäsche. Da — ein Gedanke! Frau Direktor hat einen über-  
reichen Wäschebestand und wird's nicht merken, wenn die Arbeiter-  
frau Bekleidung, Hemd und Weinsieb auf 14 Tage entlehrt,  
ohne zu fragen; mit Wissen des Dienstmädchens. Aber nichts ist  
so fein gesponnen: das Dienstmädchen, überquellend von Geistes-  
haftigkeit, meldet die dunkle Tat ihrer Gebieterin und diese, stül-  
felig empört, der Polizei. Der Jandner erhebt bei der Sündentat;  
diese gibt vor, sich im Nebenzimmer ankleiden zu wollen und  
— ihr zät sich aufs Pfaster. Mit zerfetztem Körper,  
aber noch lebend, wird sie aufgehoben, muß die Geburt des ge-  
töteten Kindes übersehen und stirbt unter der Betenung, daß sie  
das Unterzeug zurückgegeben hätte, nach zwei Stunden, glücklich,  
ihrem fürs Vaterland kämpfenden Manne die „Schande“ zu-  
ersparen. Dieser, aus dem Graben herbeigeleitet, ist feilsch ge-  
brochen; nicht ob dem „Diebstahl“ — draußen ward er an den  
Anschluß anderer Dinge gewöhnt — sondern ob seinem leichtfertig  
zerstörten Ehe- und Vaterglück. — Das geburtsbejehende deutsche  
Vaterland ist um zwei gesunde Menschen ärmer; aber die Frau  
Direktor hat wieder ihren vollen Wäschevorrat, (den der junge  
Witwer auch weiterhin vor dem Eingriff ruffender Feinde halten  
sollen wird) und trübt, wie das Dienstmädchen, von unantast-  
barer Rechtschaffenheit.

Der Laden mit den freundlichen Personen. Man hat sich näm-  
gerade daran gewöhnt, daß man in der gegenwärtigen Zeit in den  
Ladengeschäften nicht mit übermäßiger Höflichkeit behandelt wird.  
Die meisten Ladeninhaber und ihr Personal haben die frühere  
übertriebene Höflichkeit ganz beiseite gestellt und zeigen sich der  
Kundenschaft gegenüber in der vollen Glorie ihrer Nachstellung.  
Vor einiger Zeit ging z. B. die Mitteilung durch die Presse, daß  
ein Kohlenhändler in Mannheim eine Kundin, die sich über die  
verspätete Lieferung von Kohlen beschwerte, die sie schon vor Mo-  
naten Laden eingeperrt hatte. Bei diesen Umständen ist es  
erfreulich, daß es auch Ausnahmen gibt, in dem die anwesenden  
Herrschaften eine freundliche Miene zum Empfang der Besucher  
machen. Bei der folgenden Geschichte ist allerdings ein Aber  
dabei. Es handelt sich nicht um einen Laden, in dem man Schätze  
und andere schöne Dinge kaufen kann. Aber immerhin, der Kon-  
trakt der Behandlungswiese in dem fraglichen Laden zu den sonstigen  
Gesflogenheiten ist so groß, daß er einen Besucher zu einem  
besonderen „Eingeländ“ an ein Kaffeehaus Blatt begehrt hat.  
Unter der Überschrift „Ein Laden mit freundlicher Bedienung“  
erzählt er, daß in diesem wunderbaren Laden jeder Besucher in  
verbindlicher Form die gewünschte Auskunft erhielt, so daß eine  
Dame die Weigerung tat: „In diesem Laden wird man wenigstens  
freundlich behandelt.“ Man erfährt dann freilich, daß es sich um  
den Laden der Goldankaufsstelle handelt. — Ach so,  
wird der enttäuschte Leser sagen.

Der Geld hat, braucht auch in Oesterreich nicht zu hungern.  
Das Wiener Kriegsmunition hat im Einvernehmen mit den  
Oberbehörden in einundneunzig Hotels und Gastwirtschaften, die  
vornehmlich von kaufkräftigem Publikum besucht werden, ein-  
gehende Nachschau gehalten; sie sollten insbesondere feststellen, wie  
es möglich ist, daß Hotelbesitzer und Gastwirte in der Lage sind,  
trotz der verringerten Mahlzeiten ihren Gästen täglich Mehlfrei-  
speisen zu verabreichen. In vielen Betrieben wurden unange-  
messene große Vorräte von Mehl gefunden. So wurden u. a. 8500  
Kilogramm Mehl und 2000 Kilogramm Mehlprodukte beschlag-  
nahmt. Auch die Speisefarten wurden geprüft und es wurde fest-  
gestellt, daß zahlreiche Gastwirte und Hotelbesitzer übermäßig hohe  
Preise gefordert haben. Ferner wurden in zahlreichen Betrieben  
entgegen der Vorschrift neben zwei Fleischgattungen noch Wild-  
und Geflügel verabreicht. Dann wurde das Verbot der Ver-  
wendung von zerlassener Butter außer acht gelassen. Auch das  
Verbot, zur Zubereitung von Tunken Del zu verwenden, wurde  
nicht beachtet. Schließlich war aus vielen Speisefarten zu er-  
sehen, daß mehr als eine Gattung von Fleischspeisen angeboten und  
verabreicht wurde. Die Überwachung der Wiener Hotelbetriebe  
wird fortgesetzt werden, um die Einhaltung der einschlägigen Ver-  
ordnungen zu gewährleisten und übermäßige Preisforderungen der  
Hotelbesitzer und Gastwirte hinauszuhaken.

Angeichts solcher Zustände wundert man sich denn, daß das  
Volk unruhig wird und sich so etwas nicht gefallen läßt.

Explosionskatastrophe in Riew. Dava's berichtet aus Moskau:  
Eine Explosion in Riew hat das Artillerie- und Pulverdepot zer-  
stört. 200 Häuser fliegen in die Luft. Infolge der Katastrophe  
wurde der Belagerungszustand verhängt.

## Bürgertafel.

Als südbische Staatsbürger sind angenommen und verord-  
net: Böttgermeister Böden, Klempnermeister Bühlung, Arbeiter  
Cujad, Borarbeiter Danfer, Arbeiter Düser, Kaufmann Finke,  
Gentarmeer-Bachmeister a. D. Flinker, Dentist Fride, Schorn-  
steinfegermeister Glamann, Steinarbeiter Grün, Photograph  
Harländer, Drucker-Faktor Heise, Briefträger Hübener, Ma-  
schinen-Inspektor a. D. Gustav Jahnke, Viehhändler Johannsen,  
Arbeiter Käbler, Büroangestellte Kirchner, Güterbodenarbeiter  
Kornels, Arbeiter Koff, Kraftwagenbesitzer Kupfer, Freizeitmüller,  
Müller, Eisenbahnassistent Niemeyer, Arbeiter Nagel, Ruffner  
Pouls, Metallarbeiter Rabitz, Maschinist Roemer, Arbeiter Roh-  
pog, Handlungsgehilfe Koff, Koch Schneider, Arbeiter Schöning,  
Gärtnergehilfe Schulz, Schriftföher Schumann, Bürstenmacher  
Stevens, Lagerarbeiter Stahl, Arbeiter Timm, Arbeiter Uffrig,  
Bahnarbeiter Unmad, Schuchmann Wille.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Rabel.